

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.



work

Martullo-Blocher: Wollen wir diese Frau regieren lassen? Seite 7

Mies, mieser, Zalando!

Dumpinglöhne, Dauerüberwachung
und Psycho-Spielchen in der Ostschweiz:
Eine Ex-Arbeiterin packt aus. Seite 3

FOTOS: ROB. DPA, MANU FRIEDERICH

Streiken hilft!

Eine Untersuchung zeigt: 90 Prozent aller Streiks wirken. Seiten 8-9

Baumeister-Knatsch

Baumeisterchef Lardi will nachts bauen lassen, seine Kollegen nicht. Seite 2

HSG-Studie belegt: Jordan killt Jobs

Ökonom Franz Jaeger hat im Auftrag von Swissmechanic und Unia die Folgen des aufgeblähten Frankens untersucht. Die Ergebnisse sind dramatisch.

Seiten 4-5



GEMEINSAM: Corrado Pardini (Unia), Franz Jaeger (HSG), Roland Goethe (Swissmechanic).



workedito
Marie-Josée Kuhn

SAGEN, WAS IST

Multimillionär Christian Baha (48) aus Wien mit Wohnsitz im steuer-günstigen Monaco mag keine negativen Schlagzeilen. Ein Wort zu viel – und schon hat man einen Prozess am Hals. Der Österreicher, der den Muskel- und Landsmann Arnold Schwarzenegger seinen Freund nennt und selbst schon als Amateurschauspieler in Blockbustern wie «Transformers 3» auftrat, kann Wahrheit nicht ertragen. Als work im Mai 2016 über polnische

Lohndumper, Faschistin, Rassist.

Arbeiter und Tiefelöhne auf der Baustelle von Schloss Sonnenberg in Stettfurt

TG berichtete, war der Schlossherr not amused und erwirkte sofort ein superprovisorisches Verbot. Er liess der Unia verbieten, seine Tiefelöhne als das zu bezeichnen, was sie sind: Lohndumping. Jetzt ist Baha vor Gericht abgeblitzt. Ein schöner Erfolg für die Unia (siehe Beitrag unten rechts). Zwar ist das Urteil noch nicht rechtskräftig. Erstinstanzlich dürfen wir den feinen Herrn aber offiziell «Lohndumper» nennen und «Finanzspekulant». Lohndumper deshalb, weil die von Baha bezahlten Löhne «weit weg vom ortsüblichen Lohn» seien. Und Finanzspekulant drum, weil der Mann sein Geld schliesslich mit risikobehafteten Gewinnen gemacht habe. Das ist Musik! Und weil's so gut tut, grad nochmals erstinstanzlich: Lohndumper, Lohndumper, Lohndumper!

WOHLTAT. Es gibt sie also doch: Gerechtigkeit. Nicht immer können die Grossen mit den Millionen ihre Kritikerinnen und Kritiker mit Klagen mundtot machen. Auch so eine Wohltat: Wir dürfen die Führerin des rechtsextremen Front national «Faschistin» nennen. Das hat ein Pariser Gericht 2014 entschieden. Mit ihrer Klage wollte Marine Le Pen einen ihrer pointiertesten Gegner, den Linkspolitiker Jean-Luc Mélenchon, abstellen. Ohne Erfolg. Wichtig und gut, können wir die Frau nun beim Namen nennen. Schliesslich weibelt sie mit rassistischem Zungenschlag für die Einführung der Todesstrafe und für «null Prozent Ausländer».

SPRUTZ. Überhaupt die Rassisten. Sie toben und geifern in den sozialen Medien, dass es nur so spritzt. Da kann es schon mal passieren, dass so ein brauner Sprutz ins eigene Auge geht. So wie beim SVP-Politiker Marcel Toeltl aus St. Margrethen SG. Bei ihm darf man höchststrichterlich Klartext reden und ihm «Nazi» sagen und «Rassist». Da gibt das Bundesgericht der Vorinstanz vollumfänglich recht, die befand: In den sozialen Medien tue Toeltl eine Denkhaltung kund, die «just dem zu entsprechen scheint, was als Rassismus definiert werden kann». Ist das nicht schön gesagt?

SBV-Chef Gian-Luca Lardi will länger chrampfen lassen Baumeister gegen Baumeister

Der Gewerbeverband und Baumeisterchef Lardi wollen längere Arbeitszeiten. Aber das lehnen sogar die eigenen Leute ab. Zumindest was die Nachtarbeit auf den Nationalstrassen betrifft.

RALPH HUG

Es war ein Medienanlass mit Knalleffekt. Anfang November forderte die Spitze des Gewerbeverbands höhere Wochenarbeitszeiten. Das Arbeitsgesetz sei veraltet. Heute müsse man bei Bedarf auch länger arbeiten können. «Das Gesetz muss flexibler werden», verlangt Präsident Jean-François Rime (SVP). Und Direktor Hans-Ulrich Bigler (FDP) spricht von «kunden-gerechter Arbeitskraft». Damit stellen sich die Gewerbetreibenden als Deregulierungs-Turbos ins Rampenlicht. Geht es nach ihnen, soll künftig bis zu 50 Stunden Chrampf die Woche möglich sein.



NUR IN AUSNAHMEFÄLLEN: Nachteinsätze auf Baustellen (Symbolbild). FOTO: KEYSTONE

GESUNDHEITSSCHUTZ? EGAL!

Ins gleiche Horn stiess Baumeisterpräsident Gian-Luca Lardi. Die Leute seien heute nicht mehr gewillt, Staus, Lärm und Behinderungen wegen langdauernder Baustellen zu akzeptieren. «Man muss die Rahmenbedingungen anpassen», so der Tessiner. Er will nicht nur das Gesetz ändern, sondern auch den Landesmantelvertrag, der nächstes Jahr erneuert werden muss.

Vom Gesundheitsschutz spricht Gian-Luca Lardi jedoch nicht. Obwohl dies der eigentliche Zweck des Arbeitsgesetzes ist. Hauptsache, der Änderungsdruck steigt. Das zeigt bereits Wirkung. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) klärt derzeit ab, ob gewisse nächtliche Bauarbeiten auf den Autobahnen pauschal erlaubt sein sollen. Wie bei der Bahn, wo die Búezer bei Gleisarbeiten jeweils um Mitternacht auffahren, wenn weniger Züge verkehren. In nächster Zeit stehen auf dem Schweizer Autobahnnetz grössere Sanierungen an, da es in die Jahre gekommen ist. Bisher mussten die Firmen für Nachteinsätze immer eine Ausnahmegewilligung beantragen.

beeinträchtigt die Gesundheit der Bauarbeiter und bringe den Firmen Mehrkosten. Auch der Waadt-länder Unia-Sekretär Pietro Carobio will keine Aufweichung der Bewilligungspflicht. Zusammen mit Philippe Musitelli hat er darum dem Seco einen Brief geschrieben. Tenor: Lockerung unnötig!

Neu ist der Disput um Baustellen auf den Nationalstrassen nicht. Schon vor Jahren forderten

Nachtarbeit schadet der Gesundheit der Búezer und der Anwohner.

die Autoverbände, Nachtarbeit zu erleichtern. Es gebe dann weniger Staus und gehe schneller voran. Sie bissen aber auf Granit. Zu Recht, denn Nachtbúez belastet nicht nur die Gesundheit der Strassenbauer, sondern wegen des Lärms auch noch jene der Anwohnenden. Zudem ist sie gefährlich: Oft sind nachts Raser unterwegs, die rücksichtslos an Baustellen vorbeitreten.

Nächtliche Belagsarbeiten seien aufwendig und zögen wei-

tere Nachtarbeit bei den Zulieferern nach sich, argumentiert das Bundesamt für Strassen (Astra). Aus diesen Gründen ist der 24-Stunden-Betrieb nur auf grossen Tunnelbaustellen üblich, aber kaum je im Strassenunterhalt.

«HÄNDE-WEG»-PETITION

Die Opposition im eigenen Haus gegen ein gelockertes Arbeitsgesetz wird Baumeisterpräsident Lardi nicht gefallen. Umso mehr der Unia. Die Gewerkschaft wehrt sich gegen einseitige Flexibilisierungen, wie sie die Wirtschaftsverbände durchdrücken wollen. Unia-Chefin Vania Alleva: «Die Folgen wären gravierende Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen und ein Abbau des Gesundheitsschutzes.»

Entschlossen macht die Gewerkschaft gegen die Angriffe auf das Arbeitsgesetz mobil. Unter anderem mit der Petition «Hände weg von meiner Freizeit!». In nur vier Wochen haben 6300 Angestellte aus der Industrie unterschrieben. Sie verlangen, dass der Bundesrat den masslosen Deregulierungsplänen entgegenwirke.

workfrage: Braucht es auf Baustellen mehr Nachtarbeit?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: work, Frage, Postfach 272, 3000 Bern 15, redaktion@workzeitung.ch

ABB Sécheron: Erste Erfolge für die Búezer aus Genf

Trotz vollen Auftragsbüchern will ABB Sécheron 150 Stellen von Genf nach Polen auslagern. Das nehmen die Betroffenen nicht einfach hin (work berichtete). Sie wehrten sich mit einem kollektiven Konsultationsverfahren: Während sechs Tagen standen die Maschinen still.

ENTSCHLOSSEN. Die Massnahme wirkte: Die Protestierenden konnten mit dem Management eine Vereinbarung erzielen. Bis Mitte Dezember soll nun beidseitig alles unter- nommen werden, um die Arbeitsplätze in Genf zu sichern. Unia-Mann Alessandro Pelizzari sagt: «Die Beschäftigten kämpften mit bemerkenswerter Entschlossenheit und Einigkeit. So gelang es ihnen, alternative Projekte zur geplanten Auslagerung zu entwickeln.» ABB Sécheron stellt Traktions-Trans-

formatoren für Lokomotiven her, auch der neue Genfer Tosa-Bus ist bei ABB entwickelt worden.

PETITION. Die Búezer von ABB Sécheron erhalten Unterstützung von einer Taskforce, die der Genfer Wirtschaftsminister Pierre Maudet leitet. Auch das Genfer Kantonsparlament setzt sich ein: In einem Brief an den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung von ABB Schweiz forderten 81 von 100 Parlamentarierinnen und Parlamentariern den Erhalt der Arbeitsplätze. Auf der Genfer Place Molard fand zudem eine Solidaritätskundgebung statt. Trotz strömendem Regen nahmen daran über hundert Unterstützerinnen und Unterstützer teil. Und auf www.change.org läuft derzeit eine Petition zur Rettung der Arbeitsplätze. (sr)

Bezirksgericht Frauenfeld bestätigt: Multimillionär Baha ist ein Lohndumper

Schlossherr Christian Baha ist vor Gericht abgeblitzt: ein Sieg für die Unia.

RALPH HUG

work und die Unia dürfen den Wiener Multimillionär Christian Baha als Lohndumper und Finanzspekulant bezeichnen. Das Bezirksgericht Frauenfeld hat seine Klage wegen Persönlichkeitsverletzung abgelehnt.

Der Fall geht auf den Streit um das Schloss Sonnenberg in Stettfurt TG zurück, das Baha besitzt und renoviert (work berichtete). Dort hatte er polnische Arbeiter zu Tiefelöhnen beschäftigt. Er zahlte ihnen Bruttolöhne von 2940 bis 2970 Franken und zog für Kost und Logis in einem 17,4 Quadratmeter grossen Container noch je 180 Franken ab.

KLAGEN. Aus internen Mails geht hervor, dass Baha den Arbeitern keinesfalls mehr zahlen wollte. Als die Unia das Lohndumping bekannt machte, reagierte Baha mit Klagen und superprovisorischen Verfügungen. Auch gegen



URTEIL. «Was ist nur los auf Schloss Sonnenberg?» fragte work unter diesem Bild von Christian Baha. Nun herrscht Klarheit.

work. Das Gericht kam jetzt zum Schluss, dass die Bauarbeiter auf dem Schloss zwar nicht dem Landesmantelvertrag unterstünden. Dennoch seien die Gehälter «weit weg vom ortsüblichen Lohn». Das Gericht sah auch eine Fotomontage der Unia mit Christian Baha als Sonnenkönig auf einem Thron als nicht ehrverletzend an, da es sich um eine satirische Darstellung handle. Das Urteil des Bezirksgerichtes ist noch nicht rechtskräftig.



FOTO: KEYSTONE

Zalando Schweiz Eine Ex-Arbeiterin packt aus: 16 Franken 50 pro Stunde!

Teuflischer Druck, klamme Finger und unanständige Löhne: So musste Maria B.* in St. Gallen Zalando-Retouren bearbeiten.

Die Zalando-Pakete kommen aus Deutschland. Doch der Onlineriese beschäftigt auch Arbeiterinnen in der Schweiz. In St. Gallen liess er die Firma MS Direct jene Kleider reinigen und sortieren, die die Schweizer Kundschaft zurückschickt. Maria B. arbeitete ein Jahr dort und erinnert sich:

«Es war eine Lagerhalle mit Betonboden, wir mussten die ganze Zeit stehen. Und wir froren. Im Winter gab es Durchzug, weil die Tore für die Lastwagen immer offen stehen mussten. Wir hatten zwar vier Heizlüfter, aber in Betrieb waren immer nur zwei. Wir arbeiteten alle mit Winterschuhen und Handschuhen. Einmal reklamierten wir wegen der Kälte bei den Chefs, wir sagten, wir würden die ganze Zeit frieren, aber das interessierte die nicht.»

GAS GEBEN! Mit einem Kleiderroller mussten wir alle Artikel reinigen, um Haare und Staub zu entfernen. Dann die Kleider korrekt zusammenfalten und in Säcke verpacken. 45 Kleidungsstücke pro Stunde war die Vorgabe. Das macht 80 Sekunden pro Stück. Das Computersystem misst laufend, wer wie schnell ist. Alle zwei Stunden kam die Schicht-

* Name der Redaktion bekannt.

leiterin zu mir und sagte: «Dein Durchschnitt ist unter 45 pro Stunde, du musst mehr Gas geben! Wenn ich auf die Toilette musste, fiel mein Schnitt noch tiefer. Da fing ich an, während der Arbeit

«So, Gas geben, hopp!»

Kontrolle von Zalando. Unser Chef sagte dann jeweils: «Morgen arbeitet ihr langsam und genau.» Kaum waren die Kontrolleure weg, hiess es wieder: «So, Gas geben, hopp!»

AUF ABRUF. Am Anfang war mein Stundenlohn 16 Franken 50, später 17 Franken. Brutto. Macht pro Monat nicht einmal 2900 Franken. Und auch das nur theoretisch. Immer wieder hiess es: «Wir haben zu wenig Arbeit, du musst morgen und übermorgen nicht kommen.» Wir waren wie auf dem Schleudersitz: Gibt es morgen Arbeit oder nicht? Manchmal betrug mein Monatslohn nur 2000 Franken.

Wir waren etwa 120 Angestellte in zwei Schichten, vor allem ausländische Frauen. Ausser den Chefs waren alle im Stundenlohn angestellt. Und alle, soviel ich weiss, nur mit auf drei Monate befristeten Verträgen, die sie dann wieder verlängerten. Oder eben auch nicht. Dann stand man auf der Strasse.»

Zalando Umsatz fett, Infos mager

Zalando operiert in 15 europäischen Ländern. Jeden siebten Franken erwirtschaftet der Modegigant in der Schweiz: Von umgerechnet 3,9 Milliarden Franken Umsatz im letzten Jahr erzielte er 534 Millionen in der Schweiz. Damit ist Zalando der zweitgrösste Onlinehändler im Land nach Digitec (siehe auch Seite 11, Daniel Lampart über den Onlinehandel).

KEINE AUSKUNFT. In mehreren Zentren in der Schweiz lässt Zalando Rücksendungen verarbeiten. Angestellt sind die Beschäftigten aber bei Subunternehmen wie MS Direct. Auf Fragen von work reagiert Zalando zugeknöpft: Wo die Modekette in der Schweiz arbeiten lässt oder wie viele Mitarbeitende sie hat, gibt sie nicht bekannt. Klar ist: der Betrieb, in dem Maria B. angestellt war, zügelte kürzlich von St. Gallen nach Arbon TG. Die Unia weiss von zwei weiteren Standorten in Frauenfeld und Rothrist AG.

«EINSTIEGSLohn». Die MS Direct schreibt, der Stundenlohn von 17 Franken sei «als Einstiegslohn zu verstehen». Zusammen mit Ferien- und Feiertagszuschlägen kämen die Mitarbeitenden auf einen Brutto-Monatslohn von «gegen 3400 Franken». Im neuen Standort Arbon hätten zudem alle Beschäftigten einen unbefristeten Arbeitsvertrag. (che)



VANIA ALLEVA: Die Behörden sollten die Würde der Arbeit verteidigen und nicht die Profite der Onlinehändler. FOTO: PETER MOSIMANN

Zalando-Löhne: «Einfach unanständig», sagt Unia Chefin Vania Alleva

«Wenn ich im Schuhgeschäft ein Paar Schuhe anprobiere, und sie passen mir nicht, stelle ich sie einfach ins Regal zurück. Wer bei Zalando Schuhe online bestellt, und sie passen nicht, kann sie zurückschicken. Das ist zwar nicht ganz so einfach, aber immerhin ebenfalls gratis.»

Gratis? Nicht ganz. Arbeiterinnen müssen die Retouren nämlich sorgfältig kontrollieren, reinigen und neu verpacken. Für Zalando erledigt das die Firma MS Direct AG, neuerdings in der ehemaligen Saurer-Halle in Arbon TG. Über 100 MS-Direct-Angestellte bewältigen dort, in der sogenannten Textilstrasse, seit Oktober die Rücksendungen. Es sind vor allem Frauen.

DER GROSSE HAKEN

Über die neuen Arbeitsplätze freuen sich die lokalen Behörden. Die Arbeit stelle eine Chance für viele dar, die sonst auf der Sozialhilfe sitzenbleiben würden, meint etwa die Abteilung Soziales bei der

Stadt Arbon. Das tönt ja nett, hat aber einen Haken – sogar einen ziemlich grossen. Damit das Zalando-Geschäftsmodell trotz der vielen Retouren rentiert und damit auch MS Direct sich eine schöne Scheibe Profit vom Onlinehandel abschneiden kann, muss jemand untendurch.

Das sind nicht die Onlinekundinnen und -kunden. Würden sie nämlich fürs Retourieren zahlen

«Im Schatten der digitalen Wirtschaft breitet sich die Prekarisierung aus.»

müssen, gingen sie vermutlich wieder ins Schuhgeschäft. Untendurch müssen die Arbeiterinnen von MS Direct. Und zwar zünftig: Sie arbeiten zwar nicht ganz gratis, aber mehr als ein Hungerlohn sind diese 16 Franken 50 bis 17 Franken die Stunde auch nicht. Judith Müller, die stellvertretende Leiterin des

Amtes für Wirtschaft und Arbeit des Kantons Thurgau, hält diesen Lohn zwar für «üblich». Doch: Nur 3000 Franken Monatslohn für achteinhalb Stunden Schichtarbeit, fünf Tage pro Woche – das ist nicht üblich, das ist unanständig!

ARBEITSWELT IMMER HÄRTER

Online-Grosshändler bauen ihre Logistikzentren systematisch in strukturschwachen Gegenden, um die Löhne möglichst tief drücken zu können. Das ist eine von vielen Formen der Prekarisierung. Im Schatten der digitalen Wirtschaft breitet diese sich aus – und macht die Arbeitswelt immer härter.

Das letzte, was wir angesichts solcher Ausbeutungspraktiken brauchen, sind Behörden, die ihnen auch noch das Mäntelchen der Wohltätigkeit umlegen. Arbeitsmarkt- und Sozialbehörden haben die Würde der Arbeit zu verteidigen und nicht die Profite der Onlinehändler. Dazu gehören auch anständige Löhne.»

Ettappensieg für Pflgende

GENF. Erster Erfolg für die Streikenden in den beiden Genfer Alters- und Pflegeheimen Notre-Dame und Plantamour: Die Direktion hat ihre Pläne vorerst auf Eis gelegt. Sie wollte das gastgewerbliche Personal der beiden Heime an die Privatfirma Adalia SA auslagern. Die Angestellten befürchteten schlechtere Arbeitsbedingungen. Sie streikten während insgesamt elf Tagen, unterstützt von der Unia. Andere Heime und breite Bevölkerungsschichten bekundeten ihre Solidarität. Die Angestellten übergaben der Kantonsregierung auch eine Petition. Die Genfer Gesundheitsdirektion hat nun eine Arbeitsgruppe geschaffen, um eine Lösung zu erarbeiten.

Angola-Ribar: Die Uhr tickt

BERN. Jetzt will auch die Politik Antworten zum Fall Monika Ribar: Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Stände-



Monika Ribar. MONTAGE: WORK

rates untersucht das Engagement der SBB-Präsidentin für den verurteilten Geschäftsmann Jean-Claude Bastos. Dieser investiert als Manager des Staatsfonds von Angola unter anderem in einen Tiefseehafen. Davon profitiert er vor allem selber: 69 Prozent der Hafenteile gehören Bastos. Die «Paradise Papers» deckten auf, dass Ribar bis 2016 Verwaltungsrätin in Bastos' Firma war und dafür 100'000 Franken kassierte. Sie hat aber «vergessen», das Mandat bei ihrer Wahl an die SBB-Spitze bekanntzugeben. Die GPK verlangt nun von Verkehrsministerin Doris Leuthard detaillierte Angaben zum Ablauf der Wahl Ribars. Zudem will sie wissen, wie das Department den Fall einschätzt und ob schon Lehren daraus gezogen wurden. Ribar selbst trampelt derzeit ins nächste Fettnäpfchen: Für die Angola-Sache hatte sie laut «Sonntagszeitung» in der Zwischenzeit den PR-Berater Jürg Wildberger (ex «10 vor 10») engagiert. Dumm nur: Wildberger berät auch Jean-Claude Bastos – eine heikle Kombination. «5 nach 12 für Monika Ribar», titelte work in der letzten Ausgabe. Unterdessen ist die Geisterstunde weiter fortgeschritten, es ist mindestens 20 nach 12. Wir bleiben dran.

Stimmende schützen GAV

NEUENBURG. Die Rechte (SVP, FDP, CVP, GLP) im Neuenburger Grossen Rat wollte die Gesamtarbeitsverträge (GAV) für das Spital-, Pflege- und Altersheimpersonal vorzeitig aufheben. Die Verträge seien «zu grosszügig». Am vergangenen Sonntag stoppten die Stimmenden die Sozialabbauer. Und zwar fadegrad: mit über 70 Prozent. Der Vertrag «CCT Santé 21» gilt deshalb für die 5700 Arbeitnehmenden unverändert bis 2020.

Studienautor Franz Jaeger über die Folgen des Frankenschocks

«Wir hätten 100 000 Arbeitsplätze mehr»

FRANZ JAEGER

ALTERSKLUG

Dass ausgerechnet Franz Jaeger (76) die Politik der Nationalbank harsch kritisiert, Interventionen zur Schwächung des spekulativ aufgepumpten Franken fordert und für die Industrie einsteht, ist ein starkes Signal: In der Ökonomeingilde symbolisiert der bekannte St. Galler Professor die neoliberale und elitäre Ausrichtung der HSG, wo er von 1972 bis 2007 den Lehrstuhl für Volkswirtschaft leitete. Bereits 1983 hatte er ein Standardwerk über die Geldpolitik und die SNB verfasst.

AUCH POLITIKER. Von 1971 bis 1995 sass Jaeger für den Landesring der Unabhängigen (LdU) im Nationalrat. Dort präsidierte er die Finanzkommission (1990 bis 1991), danach war er bis 1995 Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben. 2003 bis 2004 sass er im Beirat des streitbar neoliberalen Think-Thanks der Konzerne, «Avenir Suisse». In jüngster Zeit verfasste er zusammen mit dem Privatbanquier Konrad Hummler Bücher für den NZZ-Verlag. 2017 haben sie dort den Titel «Kleinstaat Schweiz – Auslauf- oder Erfolgsmodell» herausgegeben.

Der St. Galler Ökonom Franz Jaeger analysiert die Fehler der Nationalbank, warnt vor künftigen Frankenschocks und fordert einen neuen Mindestkurs zum Euro.

SABINE REBER

work: Die Aufhebung des Frankenmindestkurses sei unumgänglich gewesen, sagte Nationalbankchef Thomas Jordan. Sehen Sie das auch so?

Franz Jaeger: Zumindes war der Zeitpunkt falsch. Früher oder vor allem später wäre besser gewesen. Der Schaden, den der überbewertete Franken besonders bei den KMU angerichtet hat, ist teilweise immens. Ohne Frankenschock hätten wir heute 100 000 wertvolle Arbeitsplätze mehr. Die Maschinenindustrie hat es immer noch schwer. Und der Schweizerfranken ist immer noch überbewertet. Die KMU sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir dürfen keinesfalls hinnehmen, dass sie zerstört werden! Deshalb sollte Thomas Jordan unserer Studie unbedingt Rechnung tragen.



FRANZ JAEGER: «Es ist wie beim Schnee: ein einziger Föhnsturm, und die Pracht ist weg.» FOTO: RDB

Und was tun?

Die Nationalbank muss – vor allem im Falle von kapitalbilanzgetriebenen Aufwertungschocks – noch aktiver eingreifen. Sie kann und muss einen strategischen Richtwert für einen maximalen, die Wettbewerbsfähigkeit der industriellen KMU sicherstellenden Frankenkurs anvisieren. Seit dem Spätsommer ist das ja ansatzweise auch gemacht worden. Damit hat die Nationalbank bewiesen, dass sie dazu durchaus in der Lage ist und dass das funktionieren kann.

Sie fordern faktisch also wieder einen Mindestkurs. Wie hoch müsste dieser sein?

Natürlich gibt es selbst jetzt noch Handlungsbedarf. Unsere Untersuchung hat ergeben, dass ein strategisches Zielband zwischen 1.18 und 1.20 Franken je Euro für die industriellen KMU zurzeit einen existenz- und einen innovations-sichernden Frankenschwachsenskurs möglich machen würde.

Was passiert, wenn Jordan Ihrer Studie nicht Rechnung trägt? Dann werden weiterhin wertvolle und ausserdem hoch-innovative

Arbeitsplatzpotentiale im industriellen KMU-Bereich verschwinden oder ins Ausland verlagert.

Die Wirtschaftsaussichten für die Industrie seien gut, sagen die Patrons von der Swissmem. Ist die Industrie aus dem Schneider?

Derzeit sieht die globale und mitteleuropäische Wirtschaftslage (inklusive unseres Wechselkurses) zwar nach Erholung aus. Aber es ist wie mit dem Schnee: ein einziger Föhnsturm – und die ganze Pracht ist wieder weg, und wir fallen auf Feld 1 zurück.

Wo liegen denn die Risiken für die Schweiz?

Die Gefahr, dass es immer wieder zu erratischen Frankenaufwertungschocks kommen wird, bleibt nach wie vor gross. Dagegen müssen wir uns schon jetzt – proaktiv – immun machen. Der Frankenkurs droht nämlich auch in Zukunft zum Spielverderber zu werden. Und zwar, indem er nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit unserer wohlstandstreibenden Exporteure, sondern auch – was ebenso schlimm ist – die Planbarkeit ihrer Geschäftstätigkeit massiv beeinträchtigt. Zudem müssen wir uns darauf einstellen, dass selbst wir die Zinsen wieder erhöhen müssen. In ein oder zwei Jahren könnte das der Fall sein. Zugleich steht fest, dass – trotz rosa Gegenwart – das Risiko künftiger globaler, vor allem auch europäischer Wirtschafts- und Währungskrisen mit all ihren bekannten Folgen für die Schweiz nach wie vor im Raume steht. Die SNB wird sich also für währungspolitische Gegenoffensiven auch in Zukunft stets be-reithalten müssen.

«Der Schweizerfranken ist immer noch überbewertet.»

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Traum(a)stadt Görlitz: Markt-Crash bei Gasturbinen

Siemens will in Deutschland Gasturbinenfabriken schliessen. Zum Beispiel in Görlitz. Stattdessen soll Deutschland neue Gaskraftwerke bauen.

Ab und zu lohnt es sich, über den Schweizer Tellerrand hinauszuschauen. Deutschland hat beim ökologischen Umbau zwei Sachen gut gemacht: Es steigt bis 2022 aus der Atomenergie aus. Und es produziert bereits 30 Prozent seines Stroms mit Wind, Sonne und Biomasse.

Umgekehrt sinkt der CO₂-Ausstoss nicht. Das hat zwei Gründe: Wärmepumpen setzen sich nicht durch, weil sie Strom brauchen und die deutschen Strompreise zu hoch sind. Und Deutschland verbrennt immer noch zu viel Braunkohle. Auch weil es fast keine neuen Gaskraftwerke erstellt.

Der Markt für neue Gasturbinen-kraftwerke ist auf der ganzen Welt eingebrochen. Siemens will in Deutschland Fabriken schliessen. Zum Beispiel in Görlitz. Die Gewerkschaft IG-Metall kündigt Widerstand an. Im Aargau kommt es bei General Electric absehbar zu Entlassungen.

BRAUNKOHE. Görlitz ist die schönste Stadt Deutschlands. Sie liegt an der Lausitzer Neisse, direkt an der Grenze zu Polen. Die Görlitzer Kaufleute haben im Dreissigjäh-

rigen Krieg (1618–1648) lieber 14 Mal die Religion gewechselt, als ihre Stadt zerstören zu lassen. Als dann die Russen im Zweiten Weltkrieg auf dem Weg nach Berlin auf Görlitz zurollten, leistete die Bevölkerung keinen Widerstand, sondern hängt weisse Leintücher als Zeichen der friedlichen Kapitulation aus den Fenstern.

In der Nähe von Görlitz wird Braunkohle abgebaut. Wenn Deutschland aus der Braunkohle aussteigen würde, stiege die Arbeitslosigkeit in der Region weiter an. Und mit ihr noch einmal die Anzahl der Braunen von der Alternative für Deutschland (AfD), die bei den letzten Wahlen stärkste Partei wurden. Wie anderswo in Sachsen auch.

GASSPEICHER. Der Erfolg der AfD ist auch deshalb so gross, weil es in Deutschland keine wirksame Regionalpolitik gibt, die gezielt jenen Landstrichen hilft, die wie Görlitz wegen des Strukturwandels ausbluten. Die weitgehend sanierte und aufwendig restaurierte Stadt leidet deshalb weiter unter Abwanderung



MANGELS NACHFRAGE: In der schönsten Stadt Deutschlands, in Görlitz, will Siemens ein Gasturbinenwerk schliessen. FOTO: DPA

Richtung Westen, aber auch Richtung Dresden, Leipzig und Berlin. Kampf gegen rechts wäre Kampf gegen Arbeitslosigkeit.

Neue deutsche Gaskraftwerke wären von doppeltem Nutzen: für die Umwelt, für die Arbeitsplätze im Turbinenbau. Auch in der Schweiz bekommen viele Freunde der Umwelt Bibeli, wenn der Bau von zentralen oder dezentralen Gaskraftwerken zur Diskussion steht. Dabei haben Gaskraftwerke zwei Vorteile:

- 1.:** Weniger Emissionen. Wenn moderne Gaskraftwerke bisherige Braunkohlekraftwerke ersetzen, sinkt der CO₂-Ausstoss pro produzierte Kilowattstunde Strom auf einen Viertel.
- 2.:** Überbrückungsenergie. Es gibt europäisch grosse unterirdische Gasspeicher, vorab in Deutschland. Sollte in Zukunft in Deutschland und Umgebung für einmal die Sonne nicht scheinen und der Wind nicht pfeifen, könnten diese Speicher die Versorgung sicherstellen.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/handelsblatt

Der deutsche Energieexperte Stephan Koller beschäftigt sich seit bald 40 Jahren mit dem ökologischen Umbau. Er hat den langen Marsch durch die Institutionen angetreten. Im «Handelsblatt» plädiert er für möglichst effiziente Investitionen in den ökologischen Umbau. Dazu gehören auch Gaskraftwerke.

● rebrand.ly/tiroler

Die Schweiz braucht im Gegensatz zu Deutschland keine Gaskraftwerke. Schlicht und einfach, weil wir gegen Dunkelflauten Speicherseen mit hohen Kapazitäten haben. Aber wir müssen zumindest auch europäisch mitdenken.

● rebrand.ly/kaufhaus

Das langsam zerfallende Kaufhaus von Görlitz diente seit der Wende oft als Filmkulisse. Jetzt wird es saniert. Investor und Professor Winfried Stöcker hat sich 2014, zum Entsetzen vieler, rassistische Entgleisungen geleistet. O-Ton des Menschenverächters: «Vor 20 Jahren haben sich in Ruanda die Neger millionenfach abgeschlachtet. Hätten wir die alle bei uns aufnehmen sollen?»

● rebrand.ly/immobiliengoerlitz

In Görlitz gibt es schöne sanierte Wohnungen und Häuser zu mieten und zu kaufen. Preis pro Quadratmeter: sieben Mal günstiger als in Zürich.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Eine spektakuläre Studie der Hochschule St. Gallen beweist: Die SNB-Geldpolitik schadet der Industrie

Die Nationalbank verhindert durch den Frankenschock die Schaffung von 100 000 Arbeitsplätzen. Und bewirkt Entlassungen, Auslagerungen, Konkurse.



Corrado Pardini

Franz Jaeger

Roland Goethe

FOTO: MANU FRIEDERICH

SABINE REBER

Nationalbankpräsident Thomas Jordan, Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann und der Arbeitgeberverband Swissmem haben seit Januar 2015 immer wieder behauptet: Der überbewertete Franken sei ein lösbares Problem. Und die Industrie kenne keine Kreditklemme.

Es war eine doppelte Lüge. Das wussten die Arbeitenden, die um ihre Jobs rangen. Das wussten die Gewerkschafterinnen, die in Dutzenden von Betrieben intervenierten. Das wussten auch die Patrons jener KMU, die Leute entliessen, Investitionen stoppten und ihre Kundschaft verloren. Die Gewerkschaften schlugen Alarm. Immer wieder. Doch SNB und Politik stellten sich taub. Die Swissmem genauso.

WECKRUF FÜR SCHNEIDER-AMMANN

Da nahmen Unia-Industriechef Corrado Pardini und der KMU-Arbeitgeberpräsident Roland Goethe von Swissmechanic die Sache gemeinsam in die Hand. Eine unerwartete Zusammenarbeit. Sie kannten sich kaum, die Unia und Swissmechanic haben noch nie einen GAV verhandelt.

Bei der Hochschule St. Gallen (HSG) und beim Ökonomen Franz Jaeger bestellten sie eine gründliche Studie über die Lage der Industrie-KMU. Eine unverdächtige Adresse, die HSG lehrt neoliberal und gewerkschaftsfern. Umso aufregender das Ergebnis: Die Geldpolitik der Nationalbank, so stellt die Studie fest, hat schweren Schaden an der Industrie angerichtet, insbesondere bei den KMU. Sie hat Tausende von Jobs vernichtet. Und weil die Schweizerische Nationalbank (SNB) den Aufschwung gebremst hat, wurden schätzungsweise hunderttausend neue Arbeitsplätze nicht geschaffen (siehe Interview Franz Jaeger auf Seite 4).

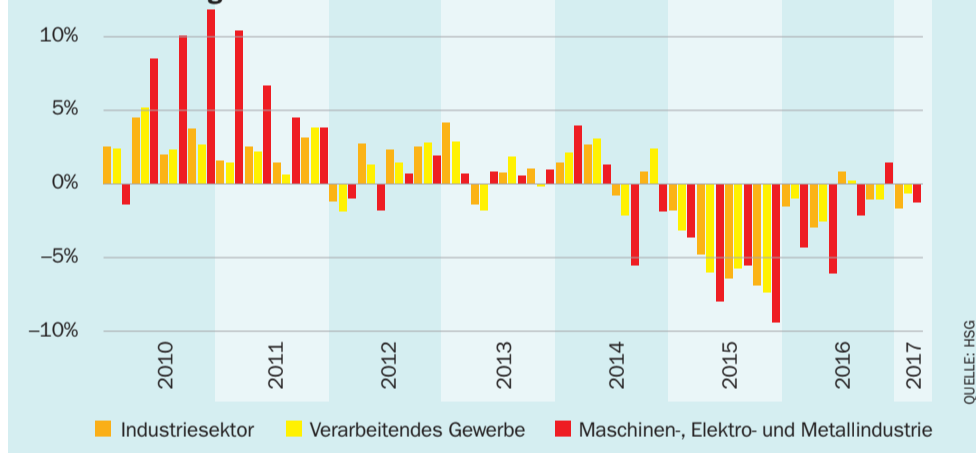
NEUER MINDESTKURS

Gewerkschafter Pardini und Arbeitgeber Goethe in ihrem Begleitwort zur HSG-Studie: «Es droht eine Deindustrialisierung der Schweiz, wenn nicht rasch ein Umdenken initiiert wird und die Politik ihre Passivität ablegt.» Die wichtigsten Erkenntnisse und Forderungen der Studie lauten:

200 Firmen befragt

Für die Studie «Volkswirtschaftliche Bedeutung und Problematiken der KMU der Schweizer Maschinenindustrie» von Prof. em. Dr. Franz Jaeger und Dr. Tobias Trüsch liessen die beiden Ökonomen der Universität St. Gallen (HSG) rund 200 Mitgliedsunternehmen des Arbeitgeberverbandes Swissmechanic befragen. Download: rebrand.ly/hsg-studie.

Nach Aufhebung des Franken-Mindestkurses brach das Umsatzwachstum ein



- Knapp 40 Prozent der Betriebe mussten wegen des aufgepumpten Frankens Stellen streichen. Sie sehen den überbewerteten Franken als «grössten Standortnachteil». Ein Viertel der Betriebe hat wegen des Frankenschocks die Arbeitszeit erhöht.

- Die Wirtschaftsaussichten haben sich seit der Überbewertung des Frankens in der Schweizer Industrie und in der MEM-Branche verschlechtert und nach der Aufhebung der Kursuntergrenze nochmals akzentuiert. Aktuell liegt bei fast der Hälfte der Firmen die Gewinnmarge bei weniger als 5 Prozent. Das ist existenzgefährdend, weil es Investitionen und Innovationen unmöglich macht.

«Der starke Frankenkurs gefährdet sehr viele KMU.»

CORRADO PARDINI, UNIA

zum Nachteil für grössere Firmen, zumindest für jene, die noch in der Schweiz produzieren wollen.»

- Ein Drittel der Firmen gibt an, dass ein Euro-Franken-Wechselkurs zwischen 1.15 und 1.19 Franken/Euro notwendig wäre, um konkurrenzfähig zu bleiben. Studienleiter Franz Jaeger empfiehlt ein strategisches Wechselkursziel von 1.18 bis 1.21 Franken/Euro. Erstaunlich: Er verlangt damit ein staatliches Eingreifen. Für die Gewerkschaften genügen 1.21 nicht. SGB-Chefökonom Daniel Lampart hält einen Wechselkurs um 1.30 für fair.

- Die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Metall- und Maschinenbranche hatte bereits seit 2005 stark abgenommen, weil der Franken immer stärker wurde. Er lag deutlich über 1.50 für einen Euro. Jordans Vorgänger führte einen Mindestkurs von 1.20 ein. Kaum im Amt, kippte Jordan den Mindest-

kurs. Nach diesem Schock vom Januar 2015 brach die Produktion in der Maschinenindustrie mit nochmals rund 8 Prozent viel stärker ein als diejenige des gesamten Industriesektors. Der Auftragseingang der Schweizer Industrieunternehmen ist seit der Aufhebung der Eurokurs-Untergrenze um rund 10 Prozent gesunken.

WENN DER KREDIT KLEMMT

Ein massiv überbewerteter Franken – und die KMU kommen auch nur sehr schwer an neues Geld für Investitionen. Im Jahr 2015 verweigerten die Banken jedem fünften Unternehmen einen Kredit. Doch diese Zahlen täuschen über das wahre Ausmass der Kreditklemme hinweg. Denn unzählige Unternehmer werden bereits von ihrem Bankmanager von einem Kreditbegehren abgehalten. Oder extreme Kreditbedingungen schrecken sie ab. Zwischen 2014 und 2016 musste laut der Studie jedes dritte KMU eine hypothekarische Sicherheit hinterlegen. Das heisst: 4,2 bis 4,5 Prozent Zins bezahlen. Undenkbar. Arbeitgeber Goethe nennt dies «eine dramatische Entwicklung». Und Pardini, der mit einem Brief an Goethe die Studie in Gang gebracht hat, meint: «Das wird sich erst ändern, wenn wir die Macht des Finanzplatzes gestutzt haben und die Politik versteht, das die Schweiz ein Industrieland ist.»

Franz Jaeger empfiehlt deshalb die Schaffung eines strategischen Investitionsfonds durch die Nationalbank. Die Unia hatte bereits 2009 die Schaffung eines sozialpartnerschaftlichen Produktionsfonds vorgeschlagen, der aus Pensionskassengeldern gespeist werden sollte. Die Studie schlägt nicht nur die bessere Nutzung der Bürgschaftsorganisationen und innovative Kreditinstrumente vor. Sie will auch den Pensionskassen ermöglichen, leichter in die Industrie zu investieren.



work
kommentar
Oliver Fahrni

THOMAS JORDANS HEIMLICHE AGENDA

Manche glauben, Wirtschaftspolitik habe sich um Jobs, Wohlstand, Industrie und Innovation zu kümmern. Bundesrat Johann Schneider-Ammann weiss es besser: Gesund-

SNB-Chef macht die Schweiz zum «Alpen-Singapur».

beten ist die wahre Politik. Nicht schön, sagt der Milliardär aus dem bernischen Langenthal, dass der massiv überbewertete Franken Tausende von Jobs zerstört habe und wohl noch zerstören werde: «Doch ich habe volles Vertrauen in die Nationalbank.»

Dieser Satz spiegelt die Machtverhältnisse: Als Nationalbankchef Thomas Jordan im Januar 2015 ohne Not den Mindestkurs von 1.20 Franken für einen Euro kippte, wusste er genau, was er tat. Schon 2011 hatte er die Folgen in einem Papier für die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS Papers Nr. 74) indirekt beschrieben. Benachteiligung der Schweizer Industrie, Einbruch der Exporte, Jobverluste usw.

SNB GEGEN WERKPLATZ. Jordan ist ein Überzeugungstäter: Er macht die Schweizer Wirtschaftspolitik, nicht Schneider-Ammann. Die Schweiz soll deindustrialisiert und zur Weltfinanzdrehscheibe umgebaut werden. Diese Vision eines «Alpen-Singapur» teilt der SNB-Chef mit einem ganzen Rudel von Top-Bankern. Er tut dies diskret, denn immerhin verlangt die Bundesverfassung von der SNB, «im Gesamtinteresse des Landes» zu handeln (Artikel 99).

Manchmal aber entwischt den SNB-Direktoren ein Satz wie jener von Jordans Vize Fritz Zurbrugg im Oktober 2015: «Der starke Franken führt zu einer stärkeren Integration der Schweizer Wirtschaft in die globale Wertschöpfungskette.» Genau.

Dass die Nationalbank massiv gegen die Interessen des Werkplatzes handelt, ist eine alte Leidensgeschichte. In den 1980er Jahren organisierten die Grossbanken eine erste Deindustrialisierungswelle: Die Bahnindustrie etwa wurde gezielt zerstört, die Uhrenindustrie sollte nach Asien verschertelt werden. Da machte die Bankiervereinigung ihren früheren Sekretär Markus Lusser zum SNB-Chef. Der vernichtete mit seiner Hochzinspolitik rasch 100 000 Jobs. Damals wie jetzt schlugen die Gewerkschaften sehr früh Alarm. Und blieben erst einmal alleine auf weiter Flur.

WO BLEIBT SWISSMEM? Spät, aber immerhin macht sich nun der Arbeitgeberverband der Industrie-KMU, Swissmechanic, Sorgen um den Werkplatz. Und präsentiert zusammen mit der Unia eine Studie, die faktisch wieder einen Mindestkurs fordert (siehe nebenstehenden Artikel). Bleibt die Frage, warum Swissmem, der andere, grössere Industrie-Arbeitgeberverband, anders als 2011, nicht für eine Wende in der Nationalbankpolitik eintritt. Auch Swissmem klagt über den aufgepumpten Franken, feiert aber 8,2 Prozent Umsatzwachstum und steigende Exporte. Da wird einiges deutlich: Grosse Industriekonzerne dominieren Swissmem. Sie sind besser gerüstet als die KMU. Diese dominanten Konzerne haben in den letzten Jahren massiv Jobs ausgelagert und haben den Konzentrationsprozess in der Industrie beschleunigt. Die Frankenkrisis trifft nicht alle gleich.

Soziale Rechte Danke für die Blumen!

Jetzt hat der Ministerrat der EU eine «Säule der sozialen Rechte» beschlossen. Sie beinhaltet zwanzig gute Grundsätze und Empfehlungen. Vom Recht auf einen Lohn, der zum Leben reicht, über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bis zum Recht auf



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

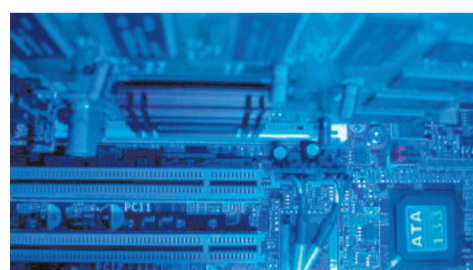
berufliche Aus- und Weiterbildung. Aber all diese schönen Punkte sind leider nur Absichtserklärung. Die europäischen Gewerkschaften reagierten deshalb erst etwas ratlos. Für die einen war diese Absichtserklärung nur warme Luft, die von der Fortführung der bisherigen antisozialen EU-Politik ablenken soll. Die anderen sahen Anknüpfungspunkte für soziale Fortschritte. Immerhin ist der EU-Führung unter Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker bewusst geworden, dass die EU auseinanderbricht, wenn sie ihren 300 Millionen Bürgerinnen und Bürgern nicht zu Arbeit und sozialer Absicherung verhilft. Unter dem neoliberalen Juncker-Vorgänger Manuel Barroso baute die EU soziale Errungenschaften ab. Junckers Absichtserklärung ist, so gesehen, ein Fortschritt.

Zwanzig gute Grundsätze – leider nur als Absichtserklärung.

ERSTE FORTSCHRITTE. Schliesslich hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) reagiert, wie die Feministinnen jeweils am Muttertag reagieren, er sagte sinngemäss: «Danke für die Blumen, aber Rechte wären uns lieber.» Und legte gleich ein Aktionsprogramm zur Umsetzung der «Säule der sozialen Rechte» vor. Ganz unrealistisch ist diese Strategie nicht. In einzelnen Punkten ist die EU-Kommission bereit, verbindliche Rechte einzuführen. So möchte sie europaweit eine Mindestdauer von 16 Wochen für den bezahlten Mutterschaftsurlaub garantieren plus zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Das wäre immerhin mehr, als die Schweiz heute hat. Neu sollen die Arbeitnehmenden auch ein Recht auf einen schriftlichen Arbeitsvertrag bekommen. Auch das hat die Schweiz bisher nicht zustande gebracht.

Entweder werden nun die sozialen Verbesserungen umgesetzt, und die Leute bekommen wieder Hoffnung. Oder die Versprechungen bleiben leer. Das wäre dann «ein weiterer Nagel in den Sarg der EU», bringt es die irische EGB-Funktionärin Esther Lynch auf den Punkt.

ERSTE FORTSCHRITTE. Schliesslich hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) reagiert, wie die Feministinnen jeweils am Muttertag reagieren, er sagte sinngemäss: «Danke für die Blumen, aber Rechte wären uns lieber.» Und legte gleich ein Aktionsprogramm zur Umsetzung der «Säule der sozialen Rechte» vor. Ganz unrealistisch ist diese Strategie nicht. In einzelnen Punkten ist die EU-Kommission bereit, verbindliche Rechte einzuführen. So möchte sie europaweit eine Mindestdauer von 16 Wochen für den bezahlten Mutterschaftsurlaub garantieren plus zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Das wäre immerhin mehr, als die Schweiz heute hat. Neu sollen die Arbeitnehmenden auch ein Recht auf einen schriftlichen Arbeitsvertrag bekommen. Auch das hat die Schweiz bisher nicht zustande gebracht.



Digitalisierung: Alle Infos online

An der Delegiertenversammlung vom 2. Dezember wird die Unia ihre Strategie zur Digitalisierung verabschiedet. Auf der Unia-Website finden Sie zu diesem Anlass das aktualisierte Dossier zum Thema Digitalisierung mit spannenden Video-Statements. www.unia.ch/digitalisierung

Die Wirtschaft läuft besser, als vor einem halben Jahr erwartet Lohn: Jetzt gibt's Luft nach oben

Die Ausgangslage der Lohnrunde hat sich seit dem Sommer geändert: zugunsten der Arbeitnehmenden. Noch klemmen viele Arbeitgeber.

CLEMENS STUDER

Bereits vor den Sommerferien eröffneten die Gewerkschaften die Lohnrunde 2017. Die dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände verlangten Lohnerhöhungen von 1,5 bis 2 Prozent. Das tun sie immer noch – mit noch besseren Argumenten. Denn in den vergangenen Monaten hat sich die wirtschaftliche Lage deutlich verbessert. Zwei Beispiele:

- **Wechselkurs:** Der Franken ist zwar immer noch klar überbewertet, aber nicht mehr so übertrieben wie im Frühsommer. Damit hat sich die Margensituation verbessert. Wer seine Produkte in Euro oder Dollar verkauft, verdient umgerechnet in Franken mehr.
- **Weltkonjunktur:** Die Konjunktur in den Absatzländern läuft besser als noch vor einem halben Jahr. Entsprechend voll sind die Auftragsbücher vieler Industrieunternehmen, und auch die Logiernächte ausländischer Gäste im Tourismus steigen.

«SPÜRBAR»

SGB-Chef Paul Rechsteiner sagt: «Die wirtschaftliche Erholung ist weitherum spürbar.» Und: «Deshalb braucht es nun auch spürbare Lohnerhöhungen für Arbeitnehmende mit unteren und mittleren Einkommen.» Denn bis jetzt haben vor allem die Kapitalbesitzenden profitiert: Der Aktienindex SMI ist dieses Jahr um rund 16 Prozent gestiegen, und im vergangenen Jahr hat das Vermögen der 300 Reichsten im Land um 60 Milliarden Franken zugenommen (siehe Box). Dazu Unia-Chefin Vania Alleva: «Jene, die durch ihre tägliche harte Arbeit den Aufschwung erst möglich gemacht haben, dürfen nicht leer ausgehen.» Denn diese Gefahr besteht tatsächlich. Drei Ursachen:

- **Teuerung:** Der Gewerkschaftsbund rechnet laut seinem Chefökonom Daniel Lampart für nächstes Jahr mit einer Teuerung von 0,5 bis 1 Prozent.
- **Krankenkassenprämien:** Sie steigen auf nächstes Jahr im Durchschnitt um 4 Prozent. Für viele Versicherte sogar bis zu 6,4 Prozent.



PLUS 1,5 PROZENT: Bei Givaudan ist der Lohnabschluss unter Dach. FOTO: KEYSTONE

- **Pensionskassenbeiträge:** Die Abzüge für das BVG steigen, weil die Pensionskassen ihre Versprechungen nicht mehr einhalten können. Allein diese drei Faktoren führen dazu, dass ohne substantielle

Ohne Lohnerhöhung werden die Arbeitnehmenden weniger im Portemonnaie haben.

Lohnerhöhungen die Arbeitnehmenden weniger im Portemonnaie haben. Vania Alleva: «Diese Entwicklung lässt viele Mütter und Väter ob ihrem Familienbudget verzweifeln. Sie haben immer weniger im Sack bei immer höheren Kosten. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.»

ERSTE ABSCHLÜSSE

In den letzten Jahren haben sich die Lohnabschlüsse zunehmend vom Herbst in den Winter oder gar Frühling verschoben. Etliche Abschlüsse sind zwar bereits zustande gekommen, viele fehlen aber noch (etwa Metall- und Maschinenindustrie). Abgeschlossen sind zum Beispiel:

- **Decken-/Innenausbaussysteme:** 50 bis 100 Franken höhere Mindestlöhne;

- **Holzbau:** 1 Prozent höhere Mindestlöhne;
- **Gebäudetechnik:** 0,6% generell, 0,4% individuell (noch nicht unterzeichnet);
- **Metallbau:** 0,6% generell, plafoniert bei 6500 Franken, 0,4% individuell (noch nicht unterzeichnet);
- **Coop:** Erhöhung der Lohnsumme um 1 Prozent, besserer Vaterschafts- und Mutterschaftsurlaub;
- **Coiffeurgewerbe:** bis zu 200 Franken höhere Mindestlöhne für Gelehrte, bis zu 480 Franken für Angelernte. Ausserdem profitieren ab nächstem Jahr auch Ungelernte vom GAV und sind damit durch Mindestlöhne geschützt;
- **Feldschlösschen:** plus 1,2 Prozent;
- **Lindt & Sprüngli:** plus 1 Prozent;
- **Uhrenindustrie:** plus 0,5 Prozent;
- **Givaudan:** plus 1,5 Prozent.

«Geradezu schäbig», so Paul Rechsteiner, benehmen sich die Baumeister (siehe unten). Dem heissen Lohnherbst folgt ein heisser Lohnwinter. Nicht nur auf dem Bau.

WEITERLESEN

Die Einschätzungen von Unia-Chefin Vania Alleva: rebrand.ly/alleva
Die Analyse von SGB-Chefökonom Daniel Lampart: rebrand.ly/lampart
Die Ausführungen von SGB-Präsident Paul Rechsteiner: rebrand.ly/rechsteiner

Die Reichsten: Das Kapital zockt ab

60 Milliarden reicher sind die reichsten 300 Menschen in der Schweiz im vergangenen Jahr geworden, wie die Recherchen des Wirtschafts magazins «Bilanz» zeigen. Während Lohnabhängige unter steigenden Krankenkassenprämien, höheren Pensionskassenabzügen und stagnierenden Löhnen ächzen, steigern die Kapitalbesitzenden ihre Profite immer schamloser.

138 MILLIARDÄRE. Total besitzen die 300 Reichsten in der Schweiz 674 Milliarden Franken. Das ist mehr, als die Hälfte aller Menschen weltweit besitzt (409 Milliarden US-Dollar). 138 Milliardäre leben in der Schweiz – weltweit sind es 2046. Das heisst: jeder 15. Milliardär lebt in der Schweiz. Die Liste der Obszönität: rebrand.ly/reichste

Was im Baunebengewerbe geht, geht auch im Bauhauptgewerbe Bauarbeiter wollen endlich Zahltag

Die Baumeister bocken, doch die Bauleute lassen nicht locker: «Wir wollen endlich Zahltag!»

RALPH HUG

Im November verliessen die Baumeister nach drei ergebnislosen Runden den Verhandlungstisch. Sie sperren sich hartnäckig gegen eine Lohnerhöhung. Dabei brummt's im Bauhauptgewerbe wie nie, und die Aussichten sind rosiger. Im Hochbau erarbeitet jeder Bauarbeiter 9000 Franken Gewinn pro Jahr.

Die Arroganz der Baumeister kommt bei den Unia-Bauleuten nicht gut an. An der letzten Berufskonferenz in Bern bekräftigten die 160 Kollegen einmütig: «Wir wollen endlich Zahltag!» Die Forderung lautet 150 Franken mehr Lohn pro Monat für die bei-



PROTEST: Bauleute deponieren alte Werkzeuge am Sitz des Baumeistertverbandes. FOTO: UNIA

den nächsten Jahre. Die Bauleute machten ihren Ärger über die renitenten Chefs gut sichtbar: Sie deponierten alte Schaufeln und Pickel am Sitz des Baumeistertverbandes (SBV). Und an der Fassade prangte plötzlich eine grosse Unia-Fahne. So rot war der SBV noch nie.

MICKRIG. Seit drei Jahren gab es auf dem Bau keine Lohnerhöhung mehr. Schon fast zynisch wirkt die Begründung des SBV: Wegen der «unsicheren Marktaussichten» und der «ständig abnehmenden Margen» bestehe kein weiterer Spielraum für Lohnerhöhungen. Die Chefs hatten zuvor mit einer Erhöhung der Mindestlöhne um 0,3 Prozent ein inakzeptabel mickriges Angebot gemacht.

Unia-Chefin Vania Alleva hält dagegen: «Alle Mitarbeitenden

müssen am Aufschwung finanziell teilhaben!» Was im Baunebengewerbe geht, muss auch im Bauhauptgewerbe gehen: Dort gibt es zum Beispiel für die Holzbauer

«Alle müssen am Aufschwung finanziell teilhaben.»

VANIA ALLEVA, PRÄSIDENTIN UNIA

und die Gebäudetechniker 1 Prozent und für die Innenausbauer 50 bis 100 Franken mehr Lohn.

Die Unia verlangt, dass die Baumeister an den Verhandlungstisch zurückkehren und ihre Verweigerungshaltung endlich aufgeben. Serge Gnos, Co-Leiter Sektor Bau bei der Unia, sagt: «Ohne Lohnerhöhung gibt es keinen neuen Landesmantelvertrag.» Der geltende Vertrag läuft Ende 2018 aus.



Der Notfall*

* **Nur im Notfall** könnte sich Ems-Chefin Magdalena Martullo-Blocher vorstellen, Bundesrätin zu werden. Sagte sie dem «Sonntagsblick». **«Auftrag!» «Notfall!» «Bedrohung!»** Drunter geht's bei Blochers nicht. Immer tönt's nach Ausnahmezustand. Und immer kann nur jemand helfen: seit Jahrzehnten der Vater, seit neustem die Tochter. Zuerst «musste» er, jetzt drängt es sie in die Regierung – natürlich nur «im Notfall». Denn eigentlich hatten, haben und hätten sie Besseres zu tun, wie beide gerne betonen. Etwa ihre Milliarden weiter vermehren. Aber eben: **«Auftrag!» «Notfall!» «Bedrohung!»** Seit neustem gehört der Clan zu den zehn reichsten der Schweiz. Und er baut gerade sein Medienimperium weiter aus. Demokraten? Oligarchen! Milliarden und Medien genügen ihnen nicht. Sie wollen die ganze Schweiz. Wir müssen sie ernst nehmen. **Nicht nur im Notfall.** CLEMENS STUDER



DAS UNGEHEUER VOM BALKAN

Es geschah am 8. Juli 1995, an einem sonnigen Samstagmorgen. Im vom Krieg zerrissenen ehemaligen jugoslawischen Teilstaat Bosnien hatte der Uno-Sicherheitsrat Schutzzonen für die von serbischen Truppen gejagten muslimischen Flüchtlingsfamilien eingerichtet. Eine davon war die Enklave von Srebrenica.

Das Urteil gegen Ratko Mladić bringt die Menschheit der Zivilisation einen Schritt näher.

nica. Hungernd und krank vor Angst, hatten dort über 40 000 Frauen,

Kinder und Männer Zuflucht gefunden. Im Vertrauen auf die Sicherheitsgarantie der Weltgemeinschaft.

MASSENMORD IN SREBRENICA. In Potocari, einem Dorf an der Ostgrenze der Enklave, sind 450 niederländische Uno-Blauhelme stationiert. Ein Schweizer Delegierter des IKRK sieht als erster die im Morgengrauen heranrückende serbische Panzerkolonne. Thomas Karremans, der Kommandant der niederländischen Soldaten, fordert – gemäss den geltenden Uno-Richtlinien – Luftschläge gegen die vorrückenden Panzer. Das wird von General Bernard Janvier, dem französischen Chef aller Uno-Blauhelme in Bosnien und Kroatien, abgelehnt.

Ratko Mladić und seine Panzer überrollen die Enklave. In Potocari sondern seine Schergen die Männer ab und verjagen die Frauen und Kleinkinder. Die Überlebenden gelangen nach einem langen Fussmarsch in die muslimische Stadt Tuzla. Die zurückgebliebenen Männer zwischen 12 und 80 Jahren werden auf Lastwagen verfrachtet und weggebracht. Bei einem Feld im Süden Srebrenicas stehen die Maschinengewehre bereit. Über 8000 Bosnier werden auf Befehl Mladićs ermordet.

Mittwoch, 22. November 2017: Ratko Mladić, der am 26. Mai 2011 von Interpol verhaftet worden war, steht vor den fünf Richtern des Internationalen Strafgerichtes für Ex-Jugoslawien in Den Haag. Er schreit in den Saal: «Lügner! Ihr seid alle Lügner!» Gerichtspräsident Alphons Orié lässt den schreienden General in seine Zelle zurückbringen. Das Ungeheuer verpasst die Urteilsverkündung: lebenslange Haft.

DAS URTEIL. In fast zwanzigjähriger akribischer Kleinarbeit haben Untersuchungsbehörden der Uno Massengräber durchforscht, über 10 000 Dokumente sichergestellt und Hunderte von Zeugen einvernommen. Zwischen 1992 und 1995 hat Mladić in fast allen bosnischen Städten und in serbischen Konzentrationslagern gewütet. Verurteilt wurde er wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen. Jean Jaurès, der französische Sozialist und Philosoph, schreibt: «Die Strasse ist gesäumt mit Leichen, aber sie führt zur Gerechtigkeit.» Keines der Opfer Mladićs wird zum Leben zurückkehren. Aber das Urteil von Den Haag bringt die Menschheit der Zivilisation einen Schritt näher.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 auf deutsch erschienen.

Die Schweiz streikt: Das grosse work-Dossier

Streiken heisst sich wehren. Für mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen, gegen Arbeitsplatzverlagerungen oder Schliessungen, obschon die Firma Gewinne schreibt. Das ist heute so aktuell wie früher. Provozierten einst arrogante Fabrikherren Arbeitskämpfe, sind es heute finanzgetriebene Konzerne, abgehobene Manager und Patrons, die die Sozialpartnerschaft mit Füßen treten. Seit zwanzig Jahren nimmt die Zahl der Streiks in der Schweiz denn auch wieder zu. Das sagt der Streikexperte und ehemalige Unia-Co-Präsident Andreas Rieger im Interview auf dieser Seite. Und 90 Prozent aller Streiks sind erfolgreich (siehe unten). Nur zweimal aber in der Geschichte der Schweiz streikte das ganze Land: 1918 beim legendären Landesstreik, der «Mutter aller Streiks» (siehe «Suppenküchen, Handgranaten und ein dreifacher Mord», Seite 10). Und 1991 beim Frauenstreik. Im grossen Streik-Dossier blickt work nach vorne und zurück.

Arbeitskämpfe im 21. Jahrhundert: Sechs Streiks, die Geschichte schrieben



BAUGEWERBE Der grosse Durchbruch

Der Kampf um die Frühpensionierung war der grösste und wichtigste Streik der letzten 20 Jahre. Eine ganze Branche streikte 2002 landesweit. 15 000 Bauarbeiter waren auf der Strasse – als Höhepunkt blockierten sie den Bareggunnel. Die Baumeister lenkten ein. Seitdem können die Bauleute mit 60 vorzeitig in Pension. Ein Durchbruch, vergleichbar mit der Einführung der ersten bezahlten Ferienwoche 1944, der Fünftagewoche 1962 oder des 13. Monatslohns 1973.



SBB-OFFICINE IN BELLINZONA «Hände weg!»

«Gü le mani!» So lautete der griffige Slogan der 430 Tessiner Bützer, als sie sich 2008 gegen den drohenden Abbau der SBB-Werkstätten in Bellinzona wehrten. Und das ganze Tessin kämpfte mit. 33 Tage lang stand der Betrieb still. Ein Streikkomitee führte den Arbeitskampf. Die SBB mussten schliesslich klein beigeben, versuchten aber später weiterhin, den Standort auf kaltem Weg zu schwächen.



SPAR IN HEIMBERG UND DÄTTWIL Frauenstreik 2009 und 2013 hatten Spar-Angestellte genug von Überstunden und miesen Löhnen. Die Frauen streikten in Heimberg BE und Dättwil AG an insgesamt 13 Tagen – und schrieben damit Geschichte: Der Mythos vom streikfreien Detailhandel war fortan dahin. Und gleich auch jener von Angestellten, die angeblich nie streiken. Spar schuf mehr Stellen und hob die Mindestlöhne an. Am aggressiven Gebaren des Detailhändlers hat sich jedoch nicht viel geändert.

SWISSMETAL IN RECONVILIER Vier Monate Streik

Der Jobabbau im Swissmetal-Betrieb «La Boillat» im Berner Jura folgte der Logik des Finanzkapitalismus. Daraus gewann der zwei Jahre dauernde Kampf der Bützer seine Bedeutung. Ihr Streik in den Jahren 2004 und 2006 dauerte zusammen volle 137 Tage. Die ganze Bevölkerung stand dahinter. Doch das rüde Management blieb stur. Der Arbeitskampf endete am Schluss ergebnislos. Der Niedergang von «La Boillat» war nicht mehr aufzuhalten.



NOVARTIS IN NYON König Vasella bezwungen

Der Pharmakonzern unter Grossabzocker Daniel Vasella wollte kaltblütig den Standort bei Nyon schliessen. Trotz Milliardengewinnen. 400 Angestellte wehrten sich mit Demos und Petitionen – und streikten 2011 einen Tag lang. Ein voller Erfolg, da sich auch die Region und der Kanton Waadt gegen die Fabrikschliessung wehrten. Der Betrieb bleibt und wird unter neuer Führung sogar noch ausgebaut.



PRIVATSPITEX IN KÜSNACHT ZH Gegen Hungerlöhne Pflegerinnen aus Polen in die Schweiz locken und dann zu miesen Löhnen in vermögenden Privathaushalten rund um die Uhr schufteten lassen: das ist das Geschäftsmodell von Privatspitexfirmen wie der Primula AG an der Zürcher Goldküste. Hunderte von unbezahlten Überstunden hatten die Pflegefrauen angehäuft, als sie die Nase voll hatten und 2014 während 25 Tagen in den Streik traten. Die Firma kapituliert mit verbindlichen Minimallohnen und einer 42-Stunden-Woche.

Streikexperte Andreas Rieger hat eine überraschende Entdeckung gemacht

«Wir erleben eine Renaissance der Arbeitskämpfe»

Seit zwanzig Jahren nimmt die Zahl der Streiks in der Schweiz wieder zu. Das zeigt der ehemalige Unia-Co-Präsident Andreas Rieger zusammen mit Vania Alleva in einem neuen Buch.

RALPH HUG

work: In der Berner Strafanstalt Thorberg streikten die Insassen für Sexzimmer und besseres Essen. Tauchen sie in der Streikstatistik auch auf?

Andreas Rieger: Das muss der Bund für seine Statistik entscheiden. Für uns in der Unia ist ein Streik eine kollektive Arbeitsniederlegung im Arbeitsverhältnis.

In Genf führten die Angestellten von ABB Sécheron tagelang eine sogenannte kollektive Konsultation durch, weil ihre Jobs nach Polen verlagert werden sollen. War das für Sie ein Streik?

Jeder Arbeitskampf ist besonders. Und Leute, die sich für ihren Job wehren, sind sehr kreativ. Bei der ABB liessen die Betroffenen ihre Arbeit nicht einfach liegen und verliessen die Fabrik. Sondern sie arbeiteten weiter – an Vorschlägen zur Rettung ihrer Stellen.

Sie waren sechs Jahre lang Co-Chef der Unia. Welcher Streik ist Ihnen besonders in Erinnerung geblieben?

Unter anderen der Baustreik im Herbst 2007. Bereits am Morgen früh waren schweizweit Tausende Bauarbeiter auf den Strassen, das war sehr eindrücklich. Ich vergesse nie, wie 4000 bis 5000 Arbeiter in Genf die Montblanc-Brücke besetzten. Ein gewaltiges Erlebnis! So ein Streik schweisst die Leute zusammen.

Nächstes Jahr jährt sich der Landesstreik von 1918 in der Schweiz zum hundertsten Mal. Mit ihm verlangte die Arbeiterbewegung etwa den Achtstundentag, die AHV und das Frauenstimmrecht. War der Landesstreik «die Mutter aller Streiks»?

Tönt etwas militärisch, ähnlich wie «die Mutter aller Schlachten». Aber klar, der Generalstreik war der Höhepunkt einer längeren branchenübergreifenden Streikwelle seit etwa 1905. Es gab damals mehrere lokale Generalstreiks, sie kulminierten im Grosseinsatz vom November 1918.

Auch nach dem Landesstreik gab es übrigens branchenübergreifende Arbeitskämpfe wie etwa den Generalstreik von 1919 in Basel. Erst in den 1920er Jahren ebten sie ab.

In Ihrem neuen Buch «Streiks im 21. Jahrhundert» (siehe Box) kommen Sie zum Schluss, dass wir seit etwa 2000 eine Streik-Renaissance erleben. Wie kommen Sie darauf?

Ich habe mich auf die offizielle Streikstatistik des Bundes und auf die Daten der Unia gestützt. Letztere geben die Realität differenzierter wieder. Denn sie erfassen auch kurze Warnstreiks und Aktionen ausserhalb der Arbeitszeiten, die offiziell nicht registriert werden. Nach der Unia-Statistik gab es seit 2000 allein in den Unia-Branchen über 300 Arbeitskämpfe, davon 112 Streiks. Wir können von einer neuen Streikwelle sprechen. Solche Wellen gab es nach 1944 und in den krisel-



ANDREAS RIEGER. Untersucht die Streiks des 21. Jahrhunderts. FOTO: JASMIN FREI

schliesslich nur einen Teil des geplanten Stellenabbaus umsetzt. Oder ihren Sozialplan verbessert.

Und wie viele Niederlagen gibt es? Komplette Niederlagen sind erfreulicherweise selten. Nur in zehn Prozent aller Streiks gehen die Streikenden ganz leer aus. Erfolge sind übrigens dann realistisch, wenn die Beschäftigten geschlossen auftreten und sich nicht spalten lassen. Neben den Kräfteverhältnissen im Betrieb ist auch die Unterstützung der Öffentlichkeit wichtig. Wenn diese gross ist, gerät die bestreikte Firma zusätzlich unter Druck.

Als einzelner geht nichts, aber gemeinsam wird vieles möglich: Wie lernt man Solidarität?

Sicher nicht in Vorlesungen, sondern aus eigener Erfahrung und den Erfahrungen anderer. Jeder Streik wird in der Region von anderen Belegschaften mit-erfahren. Ist er erfolgreich, kann er Nachahmende finden.

Wir befinden uns im digitalen Zeitalter der Plattformwirtschaft und der zunehmenden Projekt- und Telearbeit. Können moderne Arbeitsnomaden noch streiken?

Die Zahl der Arbeitnehmenden, die völlig vereinzelt und isoliert arbeiten, nimmt zwar zu. Doch glaube ich nicht, dass diese Vereinzelung die Zukunft der Arbeitswelt

ist. Auch mit der Digitalisierung bleiben die Zusammenarbeit und die Vernetzung von Menschen unentbehrlich. Auf andere Weise können Sie komplexe Arbeitsabläufe gar nicht bewältigen. Wo die Zusammenarbeit notwendig ist, ist die kollektive Gegenwehr möglich.

«Leute, die sich für ihren Job wehren, sind sehr kreativ.»

Weise können Sie komplexe Arbeitsabläufe gar nicht bewältigen. Wo die Zusammenarbeit notwendig ist, ist die kollektive Gegenwehr möglich.

Streiks sind also nicht ewiggestrig?

Das hätten die Arbeitgeber gerne, das ist bekanntlich ja ihre Leier. Sie wird durchs Wiederholen aber nicht wahrer. Es gibt auch immer Patrons, die behaupten, Streiks seien verboten. Das hat noch nie gestimmt. In der neuen Bundesverfassung ist das Recht auf Streik sogar verankert. Was gewisse Arbeitgeber auch gerne herumblättern, ist ihre Drahtziehertheorie. Die Gewerkschaften würden die Leute aufhetzen, behaupten sie. Dabei kommt es zu Streiks, wenn die Situation am Arbeitsplatz unerträglich geworden ist und die Leute keinen Ausweg mehr sehen.

Das Streik-Buch

«Streik im 21. Jahrhundert» heisst das neue Unia-Buch, herausgegeben von Vania Alleva und Andreas Rieger im Rotpunktverlag Zürich. Es beleuchtet 13 Streiks in den letzten zwei Jahrzehnten – von der Zentralwäscherei Basel über Zyliss bis zu Exten im Tessin. Zudem

gibt es Analysen und Gespräche von Andreas Rieger, Vania Alleva, Heiner Dribbusch, Paul Rechsteiner, Catherine Laubscher und Alessandro Pelizzari. Mit einer Chronologie der Streiks von 2000 bis 2016. CHF 25.–.



UNERSCHROCKENE BÜEZER. Tausende Arbeiter gingen im Baustreik 2007 in Genéve für einen neuen Vertrag auf die Strasse. FOTO: KEYSTONE

Darum brauchen wir Geschichte Losung Calanda

Wenn wir unsere Geschichten nicht kennen, kennen sie andere für uns – und machen daraus, was sie wollen. Zum Beispiel beim Landesstreik 1918. Oder beim Frauenstreik von 1991.



DORE HEIM*

Während meiner ganzen Jugend hatte ich den Calanda vor meiner Nase, einen der hässlichsten Berge Graubündens. Jetzt weiss ich, dass «Calanda» im Landesstreik das Losungswort der Eisenbahner für den Streikabbruch war. Warum sie ausgerechnet diesen Berg wählten, konnte mir bisher niemand sagen. Aber seither ist jede Rückkehr nach Chur mit dem Landesstreik verbunden. Wenn das meine Lehrer von damals (alle männlich) wüssten, die sich so geflissentlich bemühten, uns auf dem Wissensstand des Rütlichwurs zu halten!

Während meiner ganzen Jugend hatte ich den Calanda vor meiner Nase, einen der hässlichsten Berge Graubündens. Jetzt weiss ich, dass «Calanda» im Landesstreik das Losungswort der Eisenbahner für den Streikabbruch war. Warum sie ausgerechnet diesen Berg wählten, konnte mir bisher niemand sagen. Aber seither ist jede Rückkehr nach Chur mit dem Landesstreik verbunden. Wenn das meine Lehrer von damals (alle männlich) wüssten, die sich so geflissentlich bemühten, uns auf dem Wissensstand des Rütlichwurs zu halten!

WEISSE FLECKEN. Der Landesstreik von 1918 ist eines der gewaltigsten politischen Ereignisse in der Geschichte der Schweiz. Er hatte weitreichende Folgen und ist heute so gut wie unbekannt. Würden wir Leute danach fragen, die die Schulzeit hierzulande absolvierten, viele würden sagen: «Nie stattgefunden!» Na und, könnten wir nun fragen: Was ändert das an meinem Leben? Die simple Antwort: Alles! Denn ohne Geschichte kann sich niemand im Hier und Jetzt zurechtfinden. Niemand weiss das besser als unterdrückte, kolonialisierte Völker, denen man ihre eigene Geschichte geklaut hat. Und niemand weiss das eindrücklicher als die Frauen, die immerhin die Hälfte der Menschheit ausmachen, aber die längste Zeit in der Geschichtsschreibung gar nicht vorkamen.

Geschichtsschreibung besteht zu einem grossen Teil aus ungeschriebener oder falsch geschriebener Geschichte, sie hat jede Menge weisser Flecken. Der Landesstreik ist in den vergangenen hundert Jahren so



Calanda: ein Bier, ein Bündner Berg und ein Losungswort im Landesstreik 1918.

ein Flecken gewesen: den Linken irgendwie unbehaglich und von den Rechten bis heute verunglimpft. In der Darstellung der Rechten war der Landesstreik nicht der legitime Kampf um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen und für mehr politischen Einfluss. Sie beschrieben ihn als vereitelten Umsturzversuch von Sozials und Kommunisten, die aus Russland gesteuert waren.

WEICHE KNIIE. Wenn wir unsere Geschichten nicht kennen, kennen sie andere für uns. Und sie schreiben sie auch. So, wie es ihnen gefällt. Das ist fatal. Und deshalb hat der Landesstreik mit uns zu tun. Mit dem Frauenstreik von 1991 zum Beispiel: Die Gewerkschafterinnen um Christiane Brunner hatten sich damals auch vom wagemutigen Landesstreik inspirieren lassen. Und ihre Kollegen im Gewerkschaftsbund bekamen damals vermutlich auch deshalb weiche Knie. Aber das ist nun vielleicht schon wieder eine falsche oder jedenfalls einseitige Geschichtsschreibung...

Jedenfalls war der Frauenstreik damals, vor 26 Jahren, mein Einstieg in die Gewerkschaftsbewegung. Wer weiss, ob ich sonst noch dabei wäre – vermutlich würde dies manch andere Feministin meiner Generation auch sagen. Es war eine prägende Erfahrung und eine Erinnerung, die wir Frauen pflegen. Eben, wer die eigene Geschichte nicht kennt...

* Dore Heim, Historikerin und SGB-Zentralsekretärin, hat die Landesstreik-Tagung organisiert, die kürzlich in Bern stattfand.



EINSATZ DER ARMEE: Soldaten stehen neben gesperrten Gleisen am Bahnhof Grenchen Süd. FOTO: STADTARCHIV GRENCHEN

Der Landesstreik: Die Mutter aller Streiks Suppenküchen, Handgranaten und ein dreifacher Mord

Das hatte die Schweiz noch nie erlebt: Plötzlich herrschte Aufruhr im ganzen Land. Die drei Streiktage im November 1918 veränderten die Schweiz. Für immer.

RALPH HUG

Es war an einem Dienstag, einem grauen Novembertag: 250 000 Frauen und Männer legten ihre Arbeit nieder. Und stiessen in den Strassen auf die Armee. Am dritten Streiktag erschossen Soldaten im solothurnischen Grenchen die drei Arbeiter Marius Noirjean (29), Fritz Scholl (21) und Hermann Lanz (29). Von hinten und aus nächster Nähe. Schliesslich blies die Streikführung die Aktion ab, weil ein Bürgerkrieg drohte. War der Landesstreik nun eine Niederlage für die Arbeiterbewegung? Oder doch ein Sieg? Beides, sagt Adrian Zimmermann. Der Historiker spricht von «Geschlagenen, die siegen». Zu Recht, denn ein Teil der Streikforderungen wurde bald erfüllt, andere erst später (siehe Box).

Und so kam es zu diesem ersten Generalstreik in der Schweiz, der sich 2018 zum hundertsten Mal jährt:

1. Hunger und Elend: Während des Ersten Weltkriegs (1914–1918) ging es mit der Versorgung bergab. Kartoffeln und Kohle wurden knapp. Der Brotpreis verdoppelte sich innert weniger Jahre. Während die Löhne stagnierten, stieg die Teuerung unerbittlich an. Wer ins Militär musste, bekam keinen Lohnausfall. Tausende Familien drohten zu verarmen, viele litten Hunger. Die Historikerin Maria Meier hat die prekäre Lage im Sommer 1918 am Beispiel von Basel untersucht. Die Stadt musste Suppenküchen einrichten, schnell waren sie überfüllt. Kinder waren unterernährt. Der Schwarzmarkt mit den Rationierungskarten blühte. Schieber und Spekulanten hatten Hochkonjunktur. Auch die Bauern profitierten. Gleichzeitig lebten Vermögende in Saus und Braus. Unternehmer und Aktionäre strichen sagenhafte Renditen ein. Exportfirmen mutierten zu «Kriegsgewinnlern». Diese scharfen sozialen Gegensätze liessen die Verbitterung unter den Arbeiterinnen und Arbeitern, aber auch unter Angestellten rapid wachsen.

2. Bürgerliches Versagen: Im Bundesrat sass ein sechs Freisinnige und ein Katholisch-Konservativer. Alle huldigten dem Glauben an den «freien Markt». Viel zu spät ordnete Bern die Rationierung von Grundnahrungsmitteln wie Milch und Butter an. Die Gewerkschaften stiessen mit ihren Forderungen (Kohle für die Heizung, günstige Milch für die Kinder) weitgehend auf taube Ohren. Als sie mit Streik drohten, witterte der Bundesrat



STREIKFÜHRER: Robert Grimm spielte für den Landesstreik eine entscheidende Rolle. Rosa Bloch war die einzige Frau im Führungsgremium. FOTO: ZVG, SOZIALARCHIV

einen «bolschewistischen Umsturz». Seit der Oktoberrevolution von 1917 in Russland sass dem ganzen Bürgertum die Angst vor den Kommunisten im Nacken. Der reaktionäre General Ulrich Wille liess Pläne zur Niederschlagung eines Aufstands ausarbeiten. Seither gilt der Landesstreik unter Rechten als russisch inspirierter Revolutionsversuch. Ein Mythos, der noch heute im Umlauf ist (siehe Spalte links).

3. Militaristen am Drücker: Armee- und Rechtskreise drängten den Bundesrat, keinesfalls nachzugeben. Notfalls wollten sie der Arbeiterbewegung mit Gewalt eine Lektion erteilen. Und so kam es auch: Nach dem Streik der Bankangestellten in Zürich ordnete der Bundesrat im November 1918 die Besetzung von Zürich und Bern durch die Armee an. Noch bevor irgendein Generalstreik ausgerufen war. Die Kavallerie ritt ein, stellte Maschinengewehre auf und übernahm das Kommando. In Zürich regierte der «Linkenfresser» Oberst Emil Sonderegger, der später ein Nazi-Sympathisant wurde. Er drohte der Bevölkerung gar mit dem Einsatz von Handgranaten. In Grenchen erschossen Soldaten die drei erwähnten Arbeiter. Erst achtzig Jahre später stellte die Stadt eine Gedenktafel für diesen lange tabuisierten Dreifachmord auf.

4. Streikführer Grimm: Ohne Robert Grimm (1881–1959) hätte es den Landesstreik vielleicht nicht gegeben. Der bullige Arbeiterführer, Sozialist, «Tagwacht»-Redaktor und SP-Nationalrat war ein Draufgänger. Eigenmächtig stellte er das Oltner Aktionskomitee (OAK) auf die Beine und machte es zur Streikleitung. In diesem Männergremium war als einzige Frau Rosa Bloch vertreten. Sie war die Organisatorin der Hungerdemos in Zürich. Und musste nach kurzer Zeit ihren Sitz auch wieder räumen: für einen weiteren Mann.

Grimm war aber kein Revolutionär wie Lenin. Dessen radikale Ideen zur Machtergrei-



fung lehnte er ab. Er wollte nur einen befristeten Proteststreik, wurde dann aber von den Ereignissen überrollt. Arbeiter im aufgeputzten Zürich riefen den unbefristeten Streik aus, das OAK musste nachziehen. So kam es vom 12. bis zum 14. November 1918 zum Landesstreik.

Generalstreik: Die 8 Forderungen

1. Proporzwahl des Nationalrats
2. Frauenstimm- und -wahlrecht
3. Allgemeine Arbeitspflicht
4. 48-Stunden-Woche
5. Reorganisation der Armee als Volkswehr
6. Sicherung der Lebensmittelversorgung
7. Alters- und Invalidenversicherung
8. Tilgung aller Staatsschulden durch die Besitzenden

Die Forderungen zielten nun nicht mehr bloss auf Kohle und Milch, sondern weit fundamentaler auf den Achtstundentag, das Frauenstimmrecht und die AHV. Gewerkschaftsbundspräsident Paul Rechsteiner sagt: «Der Landesstreik hat das Programm des Fortschritts für das 20. Jahrhundert geschrieben.»

5. Gegenrevolution von rechts: Der Generalstreik fuhr den Bürgerlichen in die Knochen. Arbeitgeber schlossen sich zusammen. Patrioten und rechtsnationalistische Kreise formierten sich zum Vaterländischen Verband (VV). Sie bildeten bewaffnete Bürgerwehren, bespitzelten Linke und schwärzten sie bei den Arbeitgebern an. Polizei und Behörden machten mit dem VV gemeinsame Sache gegen links, das belegt Historiker Andreas Thürer. Und die vormals liberale Ausländerpolitik wurde plötzlich restriktiv. Die «Gegenrevolution» von rechts rollte an. Doch eines konnte sie nicht verhindern: soziale Reformen, für die der Generalstreik der Motor war.

Alle Infos zum Landesstreik und zu den Aktivitäten im Gedenkjahr auf: generalstreik.ch.

Neue Ausstellung in Bern zu den «wilden Sechzigern»

Als die Zwangsjacken platzten

Das Bernische Historische Museum führt durch die Schweiz der 1960er Jahre: eine Zeitreise zu grünen Polstermöbeln und roten Aufständen.

PATRICIA D'INCAU

Lausanne, April 1960: Ein langer Trauerzug zieht durch die Stadt. Im Sarg, der von einer Schweizerfahne bedeckt wird, liegt Henri Guisan. General im Zweiten Weltkrieg, bereits zu Lebzeiten mehr Mythos als Mensch. 300'000 Schweizerinnen und Schweizer sind mit Extrazügen angereist. Männer in Uniform und Zivil salutieren in Achtungsstellung, Frauen in Trauerkleidern weinen wie um einen Familienangehörigen. Der vollständige Bundesrat und die gesamte Armeespitze folgen dem Trauerzug zu Fuss. Im ganzen Land läuten die Kirchenglocken.

Die Beerdigung von General Guisan ist der erste TV-Grossevent des Schweizer Fernsehens. Mit sieben Kameras dokumentieren die Journalisten das Staatsbegräbnis. Die Wochenschau sendet später die Bilder in die Haushalte, wo die Daheimgebliebenen mittrauern. In ihren 1950er-Jahre-Stuben, zwischen Blümchentapeten, grünen Polstermöbeln und Mahagonitischen.

GEGEN DIE SPIESSERHÖLLE

Dort, in dieser «Spiesserhöhle», beginnt heute der Rundgang im Historischen Museum in Bern. «1968 Schweiz» heisst die Ausstellung, die Reise führt vom Guisan-Abschied bis zur Revolte. Medienberichte, historische Dokumente und sechzehn Zeitzeugen spannen den roten Faden durch die «wilden Sechziger», an deren Ende junge Menschen die bestehende Ordnung ernsthaft und heftig in Frage stellen.

Nichts weniger als die Revolution wollten sie. «Nicht übermorgen, nicht morgen, sondern heute nachmittag!» erinnert sich die Zeitzeugin Marie-Claude Hofer an jene Jahre, in denen so einiges in der Luft lag: Haschisch, Atomkrieg, Aufstand und Erneuerung. Als General Guisan 1960 stirbt, ist davon noch wenig zu spüren. Der



BEWEGTE JAHRE: Ausstellung über die 68er Revolten im Historischen Museum in Bern.

FOTO: HEYSTONE

Weltkrieg ist seit 15 Jahren zu Ende, die neuen Kriege – in Vietnam und Algerien – interessieren die Schweiz wenig. Die Wirtschaft blüht, die Bauindustrie boomt, und das Land feiert sich selbst. Mit aufwendigen Armeeeübungen und der Landesausstellung 1964. Der wirtschaftliche und technologische Aufschwung bestimmt für die meisten sowohl Beruf wie Alltag. Ein Fernseher in der Stube und ein Auto in der Garage gehören für immer mehr Familien zur Normalität.

Unter den Jugendlichen wächst unterdessen das Unbehagen. Denn so sehr die Nachkriegszeit vom techni-

Haschisch, Atomkrieg Aufstand und Erneuerung lagen in der Luft.

schon Fortschritt geprägt ist, so konservativ, kleinkariert und miefig verharret die Gesellschaft. Die geistige Landesverteidigung ist noch tief in den Köpfen. Statt gegen «die Deutschen» jetzt einfach gegen «die Russen». Frauen dürfen weder wählen

noch ohne die Erlaubnis der Väter und Männer arbeiten. Und die italienischen Büezer – die eigentlichen Erbauer der damaligen und der gegenwärtigen Schweiz – hausen isoliert in Baracken.

Doch auch die mit den besten Voraussetzungen, also die jungen Schweizer Männer, haben zu kämpfen. Denn wer sich ausserhalb der geltenden Normen bewegt, neue Lebensformen erprobt, Rockmusik hört oder lange Haare hat, bekommt Probleme.

HAPPENINGS UND PROTESTE

Noch ist die Rebellion ein zartes Pflänzchen, doch es blüht. Weltweit überschlagen sich die Ereignisse. Hunderttausende protestieren gegen US-Imperialismus und Vietnamkrieg. In Paris brennen die Barrikaden der Studierenden und Arbeiter. In Berlin erobert die ausserparlamentarische Opposition Unis, Theater und Strassen. Am 12. März 1968 besetzen Studierende die Universität in Locarno. Wenige Monate später gehen in Bern Tausende gegen den Vietnamkrieg auf die Strasse.

Das Aufbegehren ist kein Strohfeder: Ein Jahr später, als die vermeidlich neutrale Schweiz den US-amerikanischen General William Westmoreland nach Bern einlädt, stehen die Jungen noch immer auf der Strasse. Genauso wie gegen die ausländerfeindliche Schwarzenbach-Initiative und für die Einführung des Frauenstimmrechts. «Wir haben die Zwangsjacken gesprengt», sagt Zeitzeugin Gabrielle Brodmann.

Bis in die 70er Jahre halten die Happenings, Besetzungen und Proteste in der Schweiz an. Dann beginnt die Bewegung aus neuen Linken, Hippies und Nonkonformisten auseinanderzufallen. Die erhoffte Revolution blieb aus, viele Ideen enden im Kommerz. Trotz allem sind die Bewegten von damals überzeugt: «Irgendwie, auf die eine oder andere Weise, lebt '68 bis heute weiter.»

Ausstellung «1968 Schweiz»: Bernisches Historisches Museum, bis am 17. Juni 2018. www.bhm.ch. Buchtipp: Georg Weber (Hg.): **Rebellion unter Laubenbögen. Die Berner 1968er Bewegung.** Zytlogge-Verlag, CHF 39.–.

Roman: Novemberkrawalle 1917

Tote ohne Krimi

Was geschah vor hundert Jahren in Zürich? Autor Urs Hardegger widmet sich in seinem historischen Roman «Es gilt die Tat» den Novemberkrawallen von 1917, einem zweitägigen spontanen Protest gegen Krieg und soziale Not. Nach einem Polizeieinsatz im Arbeiterquartier Aussersihl blieben vier Tote zurück. Unter ihnen der 19jährige Jungsozialist Fritz Liniger. Er ist die Hauptperson in Hardeggers Roman. Als Gegenspieler tritt Polizeidetektiv Steiner auf. Und dann gibt es noch die Liebesgeschichte mit der Jelmoli-Verkäuferin Marie. Hardegger gelingt ein unpräzises, anschauliches Portrait der sozialen Kämpfe ein Jahr vor dem grossen Landesstreik.

Urs Hardegger: **Es gilt die Tat.** Roman, 190 Seiten, Th.-Gut-Verlag, Zürich 2017, ca. CHF 30.–.

3000 Fotos von Annemarie Schwarzenbach

Afghanistan ohne Krieg

Turbane, Kuppelbauten, Dromedare, Gewehre. Und immer wieder diese grandiose Gebirgslandschaft. Als Annemarie Schwarzenbach im Jahr 1939 mit ihrem Ford



Afghanisches Dorf 1939: Aufnahme der Reporterin Annemarie Schwarzenbach (1908–1942).

Cabriolet nach Afghanistan fuhr, herrschte dort noch kein Krieg. Es war ein Land mit einer authentischen, intakten Kultur. Schwarzenbach zeigt sie in Hunderten von Fotos, an denen man sich kaum sattsehen kann. Nicht nur das: Die Reporterin und Schriftstellerin, die schon mit 34 Jahren starb, bereiste auch Belgisch-Kongo, die USA – und das Engadin. Insgesamt 3000 ihrer Aufnahmen sind nun im Internet frei zugänglich. Dank der Schweizerischen Nationalbibliothek, die den Nachlass verwaltet. Stoff genug für mehr als eine Fernweh-Sofareise an kalten Winterabenden.

rebrand.ly/schwarzenbach

Rating der IT-Hersteller Arbeitgeber ohne Skrupel

Was tun Hersteller von Handys und Computern wie Apple, Samsung, Acer oder Huawei für die Arbeitsrechte, gegen die Ausbeutung von Rohstoffen oder für die Umwelt? Zu wenig, ist im neuen Rating des Hilfswerks «Brot für alle» nachzulesen. Im Test sind zehn Hersteller, die bereits vor drei Jahren durchleuchtet wurden. Das Fazit ist ernüchternd: Vor allem um die Arbeitsrechte kümmerten sich die Konzerne zu wenig. Manchen scheint ziemlich egal, unter welchen Bedingungen ihre Geräte produziert werden. Am schlechtesten schneiden Huawei und HTC ab. Kein Wunder: In vielen Fabriken Asiens herrschen mieseste Arbeitsbedingungen.

sehen-und-handeln.ch/it-rating

worklxl der wirtschaft

Daniel Lampart



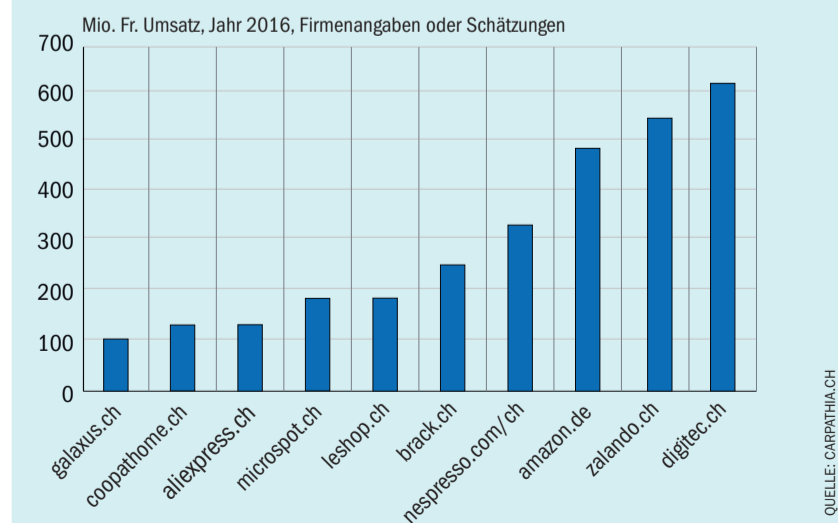
ZALANDO UND AMAZON: HOHE UMSÄTZE, SKANDALÖS TIEFE LÖHNE

Viele Leute denken bei der Digitalisierung an eine Zukunft mit Robotern und neuen, «intelligenten» Computern. Wer weiss, vielleicht werden diese tatsächlich kommen. Die grossen Veränderungen geschehen heute aber über das Internet. Das Internet beschleunigt vor allem die Internationalisierung der Wirtschaft. Besonders eindrücklich ist das beim Onlinehandel. In wenigen Jahren haben sich Zalando und Amazon als Nummer zwei und drei hinter Digitec/Galaxus im Schweizer Onlinehandel etabliert. Zalando machte 2016 in der Schweiz einen Umsatz von schätzungsweise 534 Millionen Franken. Im laufenden Jahr dürfte der Online-Kleider- und -Schuhhändler in der Schweiz sogar den Kleiderkonzern H&M einholen und einen Marktanteil von rund 5 Prozent erreichen. Dabei beschäftigen Zalando und Amazon kaum Personal in der Schweiz. Die Schweiz wird aus Vertriebszentralen in den umliegenden Ländern belie-

fert. Einzig bei den Retouren gibt es neuerdings Stellen. So hat Zalando vor wenigen Tagen bekanntgegeben, dass in Arbon 100 Stellen mit einem skandalös tiefen Einstiegslohn von 16 Franken 50 pro Stunde geschaffen werden (Bericht Seite 3).

PREKÄR. Die Arbeitsbedingungen in den ausländischen Verteilzentralen entsprechen erst recht nicht den Schweizer Standards. Gemäss Presseberichten soll Zalando im süddeutschen Logistikzentrum in Lahr einen Einstiegslohn von 12.67 Euro pro Stunde zahlen. Bei Amazon liegt der minimale Stundenlohn nach eigenen Angaben bei 10.52 Euro. Auch um die weiteren Arbeitsbedingungen und die Mitbestimmung gibt es immer wieder Auseinandersetzungen – insbesondere bei Amazon. Vom 21. bis zum 23. November 2017, als dieser Artikel geschrieben wurde, liefen Streiks in mehreren deutschen Verteilzentren.

Auf Platz 2 und 3: Amazon und Zalando im Schweizer Onlinehandel



QUELLE: CARPATHIA.CH

Aus gewerkschaftlicher Sicht sind das sehr problematische Entwicklungen. Die Gewerkschaften haben viele Jahre dafür gekämpft, dass die Mindestlöhne im Detailhandel auf 4000 Franken im Monat steigen, und dabei

grosse Erfolge erzielt. Wer in der Schweiz geschäften will, muss Schweizer Löhne zahlen. Das muss auch für Amazon und Zalando gelten. Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).



Das offene Ohr

Markus Widmer
von der Unia-Arbeitslosenkasse
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Arbeitslosengeld I: Die Kasse hat sich geirrt – muss ich jetzt dafür büssen?

Ich bin Ausländerin und habe bis 2016 an der Universität Zürich studiert. Nach dem Studium habe ich nicht sofort eine Anstellung gefunden, mich deshalb bei der Arbeitslosenkasse angemeldet und Arbeitslosentaggeld erhalten. Nun habe ich eine Verfügung erhalten. Die Arbeitslosenkasse will den Betrag von Fr. 3500.– zurückhaben. Sie begründet dies damit, dass ich noch nicht 10 Jahre in der Schweiz wohne und demzufolge auch keinen Anspruch auf Arbeitslosentaggeld hätte. Sie hätten dies bei der seinerzeitigen Prüfung meines Antrages übersehen. Ich bin inzwischen wieder arbeitslos geworden und kann dieses Geld beim besten Willen nicht zurückzahlen. Was kann ich tun?

MARKUS WIDMER: Stellen Sie ein Erlassgesuch. Die Arbeitslosenkasse hat Sie als sogenannt beitragsbefreite Person eingestuft. Voraussetzung dafür wäre aber ein mindestens 10jähriger Wohnsitz in der Schweiz. Die Rückforderungsver-



GELD ZURÜCK. Auch wenn die Kasse sich geirrt hat. FOTO: PIXABAY

fügung ist deshalb korrekt. Sie können jedoch ein Erlassgesuch stellen. Voraussetzung für die Genehmigung ist ein gutgläubiger Bezug und eine grosse Härte. Sie haben darauf vertraut, dass die Arbeitslosenkasse Ihr Gesuch korrekt geprüft hatte, und waren somit gutgläubig. Eine grosse Härte liegt vor, wenn Sie in finanziell engen Verhältnissen leben. Die kantonale Amtsstelle wird Ihre Einnahmen und Ausgaben gemäss dem Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV berechnen. Falls kein Überschuss vorliegt, liegt bei Ihnen eine grosse Härte vor. Wir empfehlen Ihnen, ein Erlassgesuch zu stellen.

fügung ist deshalb korrekt. Sie können jedoch ein Erlassgesuch stellen. Voraussetzung für die Genehmigung ist ein gutgläubiger Bezug und eine grosse Härte. Sie haben darauf vertraut, dass die Arbeitslosenkasse Ihr Gesuch korrekt geprüft hatte, und waren somit gutgläubig. Eine grosse Härte liegt vor, wenn Sie in finanziell engen Verhältnissen leben. Die kantonale Amtsstelle wird Ihre Einnahmen und Ausgaben gemäss dem Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV berechnen. Falls kein Überschuss vorliegt, liegt bei Ihnen eine grosse Härte vor. Wir empfehlen Ihnen, ein Erlassgesuch zu stellen.

Arbeitslosengeld II: Hat mein Erlassgesuch eine Chance?

Ich war im Jahr 2016 in einer sehr schwierigen Situation. Meine Ehefrau hat sich mit den Kindern zusammen von mir getrennt, zudem wurde ich arbeitslos. Ich hatte einen Kleinkredit zurückbezahlen und musste Alimente entrichten. Dies führte zu Betreibungen und einer teilweisen Pfändung des Arbeitslosentaggeldes. Ich fand dann eine Teilzeitarbeit. Da ich eine laufende Pfändung des Arbeitslosentaggeldes hatte und in finanziell engen Verhältnissen lebte, deklarierte ich gegenüber der Arbeitslosenkasse das Teilzeiteinkommen nicht. Die Arbeitslosenkasse hat sämtliche Perioden neu abgerechnet und will nun, dass ich den Betrag von 24240 Franken innerhalb von 30 Tagen zurückbezahle. Unmöglich kann ich alles aufs Mal bezahlen. Der Verfügung entnehme ich, dass ich ein Erlassgesuch stellen könne. Hat dieses Gesuch eine Chance?

MARKUS WIDMER: Nein. Die kantonale Amtsstelle wird auch bei Ihnen prüfen, ob ein gutgläubiger Bezug und eine grosse Härte vorliegen. Nur wenn beides der Fall ist, wird Ihr Erlassgesuch gutgeheissen. Wie Sie wussten, hätten Sie Ihre Teilzeitarbeit als Zwischenverdienst deklarieren müssen. Deshalb wird die kantonale Amtsstelle von einem bösgläubigen Bezug ausgehen und Ihr Erlassgesuch ablehnen. Wir empfehlen Ihnen, mit der Unia-Arbeitslosenkasse Ratenzahlung zu vereinbaren. Gemäss Richtlinien des Seco muss der Betrag in spätestens zwei Jahren zurückbezahlt sein. Sie werden eine Monatsrate von mindestens 1010 Franken bezahlen müssen.

Wenn Sie wegen Krankheit oder Unfall nicht mehr arbeiten können

IV-Rente: So setzen Sie Ihren

Bei Erwerbsunfähigkeit haben Sie Anrecht auf eine IV-Rente. Und wenn diese nicht ausreicht, auf Ergänzungsleistungen. So gehen Sie vor.

SINA BÜHLER

Seit mehr als 57 Jahren hat die Schweiz eine obligatorische Invalidenversicherung (IV). Wie die AHV gehört auch diese Sozialversicherung zur ersten Säule und funktioniert im Umlageverfahren. Das heisst: Das Geld, das in die IV fliesst, kommt nicht auf ein Sparkonto. Es wird direkt den aktuellen Rentnerinnen und Rentnern ausbezahlt. Um das zu finanzieren, zahlen die Erwerbstätigen und die Arbeitgeber je 1,4 Lohnprozent.

DER RENTENANSPRUCH

Anspruch auf eine Rente von der IV haben Sie, wenn die Versicherung Ihre gesundheitliche Beeinträchtigung als Unfähigkeit zur Erwerbsarbeit anerkennt, und zwar laut Bundesgesetz «als bleibende oder zumindest längere Zeit andauernde Erwerbsunfähigkeit»: wenn Sie also aufgrund einer Beeinträchtigung Ihrer körperlichen, geistigen oder psychischen Gesundheit nicht oder nur teilweise arbeiten können. Es spielt dabei keine Rolle, ob Sie diese Behinderung bereits bei Ihrer Geburt hatten oder ob sie die Folge einer Krankheit oder eines Unfalls ist.

DIE ANMELDUNG

Sie müssen sich selbst um die Anmeldung bei der IV kümmern. Sind Sie dazu nicht in der Lage, können dies Ihre gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter oder Personen, die Sie regelmässig betreuen oder unterstützen, an Ihrer Stelle tun.

Der erste Schritt ist der Besuch bei Ihrer Hausärztin oder Ihrem Hausarzt, die Ihnen eine allfällige Arbeitsunfähigkeit bestätigen. Damit können Sie sich nun offiziell bei der IV anmelden: Unter rebrand.ly/anmeldung finden Sie die entsprechenden Formulare. Reichen Sie alle notwendigen



WORKTIPP

DIE UNIA HILFT

Nicht nur das Arbeitsleben, auch die Sozialversicherungen gehören zum Aufgabengebiet einer Gewerkschaft. Falls Sie Mühe mit der Anmeldung bei der IV haben oder mit einem Entscheid nicht einverstanden sind, bekommen Sie Hilfe bei Ihrem zuständigen Unia-Sekretariat. Die Adressen finden Sie unter www.unia.ch.

INVALIDITÄT: Können Sie wegen einer körperlichen Beeinträchtigung nicht mehr arbeiten,

Unterlagen sofort ein. Die Abklärung – die auch so schon sehr lange dauern kann – wird sonst nochmals verzögert.

DIE ABKLÄRUNG

Ob Sie Anspruch auf eine Rente haben, klärt Ihre kantonale IV-Stelle ab. Dazu wird sie Unterlagen von Ihrem Arzt oder Ihrer Ärztin und Ihrem Arbeitgeber verlangen. Sie überprüft ausserdem mit Fachleuten, welche Tätigkeiten Sie in Ihrem Arbeitsbereich zu erfüllen haben und ob eine allfällige Wiedereingliederung möglich ist.

DER ENTSCHEID

Bedenken Sie, dass für die IV nicht nur wichtig ist, ob Sie tatsächlich unter einer Beeinträchtigung lei-

den. Die Stelle will vor allem wissen, ob und wie viel Sie trotzdem arbeiten können. Die kantonale IV-Stelle stellt Ihnen noch vor dem definitiven Entscheid einen sogenannten Vorbescheid zu. Sobald Sie diesen bekommen, haben Sie und Ihre Versicherung 30 Tage Zeit, um dazu Stellung zu nehmen. Sofern Sie keine Ergänzungen oder Einwände haben, erlässt die Behörde eine Verfügung.

DER REKURS

Gegen eine Verfügung der IV können Sie beim kantonalen Versicherungsgericht Beschwerde einlegen. Das müssen Sie schriftlich und innerhalb von 30 Tagen tun.

DIE RENTE

Eine Rente erhalten Sie frühestens sechs Monate nach der Anmel-

dung. Die Höhe der IV-Rente wird durch drei Faktoren bestimmt: das bisherige Erwerbseinkommen, die Anzahl der Jahre, in denen Sie in die IV einbezahlt haben (Beitragsjahre) und der Grad Ihrer Invalidität. Sind Sie zu mindestens 40 Prozent beeinträchtigt, so bekommen Sie eine Viertelrente. Anspruch auf eine halbe Rente haben Sie bei einer Invalidität von 50 Prozent. Ab 60 Prozent bekommen Sie eine Dreiviertelrente, ab 70 Prozent eine volle Rente. Die genaueren Informationen finden Sie hier: rebrand.ly/iv-rente.

DIE FRÜHERFASSUNG

Wenn Sie bereits länger oder immer wieder arbeitsunfähig sind, können Sie sich zur «Früherfassung» bei der IV anmelden. Dies können Sie selber oder Ihre Firma,



KINDER IN DER KITA: Wenn sowohl der Vater als auch die Mutter von kleinen Kindern arbeiten, investieren sie trotz Betreuungskosten in ihre berufliche und finanzielle Zukunft. FOTO: ISTOCK

Kindertagesstätte: Achten Sie auf Wie Sie die beste

Immer mehr Familien lassen ihre Kinder tagsüber extern betreuen. Melden Sie Ihr Kind frühzeitig an, am besten, noch bevor es auf der Welt ist.

SINA BÜHLER

Was haben Gleichstellung und Krippen miteinander zu tun? Enorm viel, sagt eine Nationalfondsstudie: «Der Ausbau der familien- und schulgänzenden Kinderbetreuung stellt eine wichtige gleichstellungspolitische Massnahme dar.» Je mehr Frauen und Mütter Vollzeit arbeiten können, desto eher gleichen sich ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt jenen der Männer (und Väter) an. Arbeiten Mütter unter 50 Prozent, können sie meist auf private Unterstützung zurück-

greifen. Arbeitspensen über 50 Prozent sind aber kaum ohne externe Betreuung möglich.

Das geht aber nicht überall. Je nach Gemeinde, Kanton und Region ist das Angebot an Kindertagesstätten (Kitas), Mittagstischen oder Kinderhorten (für schulpflichtige Kinder) ganz unterschiedlich. In der Stadt Zürich beispielsweise gibt es für mehr als 70 Prozent der Vorschulkinder einen Krippenplatz. In vielen ländlichen Gebieten hingegen liegt das Angebot bei 20 oder gar 10 Prozent.

DIE SUCHE. Der erste Schritt ist die Suche nach einer passenden Krippe. Eine neue Onlineplattform hilft Ihnen bei der Suche: www.kitaclub.ch. Informationen bekommen Sie auch bei Ihrer Gemeinde oder bei

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



SICHERHEIT IN DER CLOUD: Mit Hilfe von Programmen wie Cryptomator können Sie Ihre Daten in der Cloud vor fremden Zugriff schützen. FOTO: ISTOCK

Die Cloud ist praktisch, aber nur mit Tresor sicher

Cloud-Dienste im Internet wie Dropbox oder iCloud sind praktisch, aber unsicher. Denn auf gespeicherte Daten haben die Betreiber der Cloud uneingeschränkt Zugriff. Ausser, Sie verschlüsseln die Daten vor dem Hochladen mit einem Passwort. Das geht zum Beispiel mit dem Gratisprogramm von Cryptomator (www.cryptomator.org/de). Es erstellt einen Ordner für Dokumente, Fotos und so weiter.

Ähnlich einem Tresor öffnen und verschliessen Sie den Ordner mit einer Sicherheitskombination – dem Passwort.

SO GEHT'S. Nach dem Start von Cryptomator können Sie per Klick auf das Pluszeichen einen neuen Tresor erstellen. Wählen Sie einen Namen und einen Speicherort – etwa den Dropbox-Ordner auf dem Computer. Nun geben Sie ein frei wählbares Passwort ein. Achtung: Ohne Passwort kommen Sie später nie mehr an die gespeicherten Daten.

Der neue Ordner des Tresors öffnet sich. Dorthin verschieben Sie Dateien, die Sie verschlüsseln wollen. Klicken Sie dann in Cryptomator auf «Tresor sperren». Nun ist der Ordnerinhalt verschlüsselt – auch wenn er in einer Cloud gespeichert ist. Auf den Tresor in der Cloud können Sie von jedem Computer aus zugreifen, auf dem Cryptomator installiert ist. Dies geht per App auch vom Handy aus (Android für Fr. 4.80, iPhone für Fr.5.–). MARC MAIR-NOACK

Der Datentresor lässt sich nur mit dem richtigen Passwort öffnen.

Anspruch durch



ASSISTENZBEITRAG

HILFE IM ALLTAG

Wenn Sie eine Beeinträchtigung haben, aber genügend selbstständig sind, um zu Hause zu leben, haben Sie vielleicht Anspruch auf einen Assistenzbeitrag. Diese Leistung wurde 2012 im Rahmen einer IV-Revision eingeführt um Menschen mit einer Behinderung ein selbstbestimmteres Leben zu ermöglichen.

Die Bedingungen, um einen solchen Beitrag zu erhalten: Sie müssen mindestens 10 Stunden in der Woche erwerbstätig sein oder eine Ausbildung absolvieren. Ausserdem müssen Sie eine Hilflosenentschädigung beziehen. Das ist eine Leistung zur IV und AHV für Personen, die bei alltäglichen Dingen wie Essen, Ankleiden, Sitzen und Körperpflege die Hilfe anderer Menschen benötigen. rebrand.ly/hilflose

ARBEITGEBER. Über den Assistenzbeitrag werden IV-Rentnerinnen und Rentner zu Arbeitgebern für jene Menschen, die Ihnen im Alltag helfen. Diese Personen dürfen allerdings weder in direkter Linie mit Ihnen verwandt noch verheiratet sein oder in einer eingetragenen Partnerschaft leben. Über den Assistenzbeitrag können Sie einen Stundenlohn bezahlen, der Fr. 32.90 für wenig qualifizierte und Fr. 49.40 für hochqualifizierte Leistungen beträgt. Auch Nachtzuschläge sind vorgesehen. Den Assistenzbeitrag erhalten Sie monatlich, wenn Sie die Stundenabrechnung Ihrer Angestellten einreichen. Zudem benötigen die Assistenten einen Arbeitsvertrag. Darin werden Lohn, Ferienanspruch, Kündigungsfrist und so weiter festgelegt. Genaueres finden Sie unter: rebrand.ly/assistentz.

IV-Rentnerinnen und -Rentner mit Kindern unter 18 Jahren oder Kindern unter 25 Jahren, die noch in Ausbildung sind, haben übrigens Anspruch auf Kinderrenten.

DIE ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN

Reicht die Rente nicht zum Leben aus, können Sie Ergänzungsleistungen (EL) beantragen. Die EL-Stellen befinden sich in der Regel bei den kantonalen Ausgleichskassen. Für IV-Bezügerinnen sind diese Zahlungen besonders wichtig: Es gehören nämlich nicht nur Beiträge an Lebensunterhalt und Miete dazu, sondern auch die Erstattung von gewissen Krankheits- und Behinderungskosten. Dies gilt beispielsweise für Transport, Spitzex oder medizinische Hilfsmittel. Infos zu den Ergänzungsleistungen finden Sie hier: rebrand.ly/el

Ihre Ärztin oder Ihr Arzt, die Versicherung oder Familienangehörige tun. Eine Früherfassung ist noch nicht die eigentliche Anmeldung. Die frühzeitige Meldung soll

Entscheidend ist für die IV der Grad der Beeinträchtigung.

Ihnen und Ihrem Unternehmen jedoch dabei helfen, dass Sie erwerbstätig bleiben können. Beispielsweise, indem Ihr Arbeitsplatz oder Ihre Arbeitszeiten an Ihre Beeinträchtigung angepasst werden. Stellt die Versicherung fest, dass zusätzliche Massnahmen notwendig sind oder dass Sie Anspruch auf eine Rente haben, werden Sie aufgefordert, sich bei der IV anzumelden.

Arbeitsbedingungen und subventionierte Plätze Kita für Ihre Kinder finden

Ihrer Firma. Besuchen Sie alle Krippen, die in Frage kommen, um einen ersten Eindruck zu erhalten. Achten Sie auf die Räumlichkeiten, die Betreuer

Grosse Unterschiede im Angebot zwischen Stadt und Land.

rinnen und Betreuer und auf die pädagogischen Konzepte. Seien Sie vorsichtig, wenn die Kinder nur von Praktikantinnen und Praktikanten betreut werden. Das bedeutet nämlich nicht nur Tiefstlöhne, sondern auch häufige Personalwechsel.

DIE AUSWAHL. Vor der endgültigen Wahl sollten Sie aber auch die Distanz zu Ihrem Arbeitsplatz oder Wohnort beachten

sowie die Kosten. Letztere können enorm unterschiedlich sein. Je knapper das Angebot, desto länger sind auch die Wartezeiten. Melden Sie Ihr Kind deshalb frühzeitig an. In vielen Kitas ist das möglich, bevor das Baby überhaupt auf der Welt ist. Sind ältere Geschwister schon in der Kita, wird es meist einfacher: In den meisten Krippen geniessen Neugeborene aus derselben Familie Priorität.

VERBILLIGUNG. Überprüfen Sie, ob Sie einen Anspruch auf einen subventionierten Platz haben. Familien in bescheidenen finanziellen Verhältnissen werden nämlich unterstützt vom Staat. Wie hoch die Subventionen sind, hängt von Ihrem Einkommen und Vermögen und auch von Ihrem Wohnort ab.

Was man immer wieder hört: Es lohne sich nicht, dass beide Elternteile erwerbstätig seien. Die Betreuungskosten und Steuern würden den Zusatzlohn wieder auffressen. Das mag kurzfristig stimmen. Und trotzdem ist es eine falsche Rechnung. Schliesslich geht es nur um ein paar Jahre.

Bei solchen Fragen sollten Sie aber langfristig planen. Mütter – seltener Väter –, die mehrere Jahre aus dem Arbeitsleben aussteigen, gehen das Risiko ein, den Wiedereinstieg zu verpassen. Ihnen fehlen auch Erfahrungen, Kenntnisse über Neuerungen in der Branche, Lohnerhöhungen oder Beförderungen. Und sie zahlen zu wenig in ihre Altersvorsorge ein. Das lohnt sich auf ein ganzes Arbeitsleben gesehen kaum.

DIE CHECKLISTE LINKS FÜR DIE SUCHE

Haben wir die richtige Kita gewählt? Keine einfache Frage: Das Magazin «Wir Eltern» hat eine Checkliste erstellt: rebrand.ly/krippencheck. Vor einigen Jahren hat der Dachverband «Kibesuisse» ein Qualitätslabel für Krippen eingeführt (www.quali-kita.ch). Zur Auswahl einer guten Krippe können Sie das allerdings kaum nutzen. Vor den 1300 Krippen, die dem Verband angeschlossen sind, haben sich erst 63 zertifizieren lassen.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Lehre trotz ADHS?

Ich gehe momentan in die Oberstufe. Bald ist die obligatorische Schulzeit fertig, deshalb muss ich mich schon jetzt für eine Lehrstelle bewerben. Weil bei mir schon vor längerer Zeit ADHS diagnostiziert wurde, habe ich Angst, keine Lehrstelle zu finden. Falls es aber doch klappt, befürchte ich, in der Berufsschule nicht mitzukommen. Was kann ich machen?



Kathrin Ziltener,
Jugendsekretärin.

«ADHS, die Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung, wird heute bei rund jedem zwanzigsten Kind und Jugendlichen zwischen 3 und 17 Jahren diagnostiziert. Du bist mit Deinem Problem also nicht allein und musst Dich gewiss

nicht schämen. Wenn Du schon jetzt Lernschwierigkeiten hast, würde ich das Deiner Berufsbildnerin, Deinem Berufsbildner im Betrieb möglichst frühzeitig sagen. Erkläre ihnen auch, wie sich ADHS auf Deinen Alltag auswirkt und wo Du vielleicht mehr Unterstützung als andere brauchst. Vielleicht ist es für Dich sinnvoll, wenn Dein Ausbilder beispielsweise Deine Arbeit in kleinere Schritte aufteilt. Du musst Dir jedoch keine Sorgen machen. Du hast Anrecht auf Unterstützungsmassnahmen und allenfalls auf eine Erleichterung bei der Lehrabschlussprüfung. So kann Dir beispielsweise mehr Zeit zur Verfügung gestellt werden, oder Du kannst mehr Pausen machen.»

Hast auch Du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin?
Schreib an lehre@unia.ch

workrätsel

Gewinnen Sie 500 Franken in Reka-Checks!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m.
www.reka-guide.ch

LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 19
Das Lösungswort lautete: JAHRESZEITEN



DEN PREIS, 3 x 2 Tageskarten der Lenk-Bergbahnen, haben gewonnen: Luc Eichenberger, Düringen FR; Johann von Holzen, Glattbrugg ZH; Pascal Lanz, Hiltterfingen BE.
Herzlichen Glückwunsch!

work: der Abend wird oft vermisst	Land in Südamerika	weisser Baustoff	Editorial über diesen Witz	Hustenstiller (hier mit k)	8	fliederblau	Synonym von desto	erfolgreicher Song	Finanzchef Ribar u. ihr Finanzjongleur	Profi für Feingebäck	Autokennzeichen v. Sursee	Pendant des TCS	
		9		Kultstätte, Heiligtum des Zeus					kommun. Staat in der Karibik				
kurz für Canadian Press		Nationalzirkus	Spitzname von Eduard	12			er kennt die richtigen Therapien	chem. Zeichen f. Tenness		sie quakt gerne	weniger als eins	D.se. = Kraftstoff	4
				der John, brit. Popmusiker					Sport m. kleinen Bällen				
diese Nuss ist Gewürz	kurz für Nationalrat		Zollrecht, abgekürzt	Esels Sprache				im Jahre	Essen: Schweizer Spezialität			männl. Vorname	
502 in röm. Zahlen	10		Magie, Zauberei	Paradies		mit ihm hören Briten			grosse Ruhe				
Autokennzeichen v. Murten	Ziegler über die d. Schweiz				Nummern, Abk.			kleiner Staat in Westafrika	Kürzel f. Europ. Tax & Law		Endo an diesen Reserve-Jesus	1	
	Strassenbelag	chem. Zeichen f. Europium	6	Internetadresse d. Türkei		zur Zeit sehr gefragte Bäume			fettthaltige Substanz z. Haarpflege		hinterhältige MACHENSCHAFT		
1x1 der Wirtschaft über sie	er schreibt Texte aller Art					er fliesst durch Turin		ähnelte der Petersilie	7	Eiweisspartikel, teils pathogen			
					Teil d. Hand	Umlaut	2	dort sieht man Filme		ein kurzer Nachname		Schauspieler spielen eine	
Hüfthalter	Holzblasinstrument	er passt gut zum Cervelat	Titel eines Filmes v. R. Polanski	span.: drei						er treibt etwas an			
					ungebraucht		11	Ausruf des Erstaunens	chem. Zeichen f. Barium		Dreifachkonsonant	Löwe, wie wir sagen	
Pflanze, aus der man Opium macht	ungleichmässig rotieren					kurz f. nichts Neues	Firma, verlagert evtl. Jobs nach Polen (work)		autoritäre Erziehung				
		5	(mehrere) Gewässer			er, in den USA		Gestein, auch als Unterlage für Wege					
Offenes Ohr über Zeit ...							13	manchmal ist es eine Niete		3	tiefes Bedauern über etwas		

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 8. Dezember 2017

INSERAT

Gesunde Arbeit – gutes Leben. Hände weg vom Arbeitsgesetz!

Gute Arbeitsbedingungen stehen unter massivem Beschuss:

Bürgerliche und Gewerbeverband wollen die **Arbeitszeiten massiv erhöhen** und **die Pflicht zur Arbeitszeiterfassung** aushebeln.

Zu diesem Angriff auf unsere Gesundheit sagt die Unia klar Nein, denn:

- planbare Arbeitszeiten sind ein wirksamer Schutz gegen Stress und Burnout
- Arbeitszeiterfassung verhindert Gratisarbeit und Ausbeutung
- Berufs- und Familienleben lassen sich mit klaren Arbeitszeiten besser planen und vereinbaren.

Ein politischer Vorstoss zielt **direkt auf den Dienstleistungssektor** ab und greift die geltenden Bestimmungen zu Arbeits- und Ruhezeiten in diesem Sektor frontal an. Diese einseitige Flexibilisierung dient nur dem Arbeitgeber – die Leidtragenden sind die Arbeitnehmenden!

Jetzt ist das Parlament gefordert und muss die gefährlichen Vorstösse ablehnen!

Hilf auch du mit und unterschreibe das Protestschreiben an die Politik!

Die Unia sammelt alle und wird sie in einer gemeinsamen Aktion dem Parlament übergeben.

www.unia.ch/protest-parlament

UNIA



WORKLESERFOTO



WORKFRAGE VOM 17. 11. 2017

Sonntagsverkauf an Heiligabend: Sind Sie dafür?

KONSEQUENZEN

Diesem Irrsinn begegnen wir, indem wir unsere sämtlichen Einkäufe im ganzen Dezember 2017 nur in Verkaufsgeschäften tätigen, die am Sonntag, 24.12.2017, ihre Geschäfte geschlossen halten. Wir setzen uns damit ein, dass ihre Angestellten auch mal drei Tage am Stück haben, um mit ihren Familien Weihnachten richtig zu feiern.

PETER LENGGENHAGER, UNIA-SEKTIONSPRÄSIDENT SÄNTIS-BODENSEE, FRAUENFELD

SCHANDE

Es ist eine Schande, dass man so etwas zulässt. Die Leute, die genau an diesem Tag einkaufen gehen, sollten einen Eintritt bezahlen müssen. Die Menschen müssen wieder lernen, vorher einzukaufen und ihre Freizeit sinnvoll zu nutzen für sich, die Familie, Freunde und Bekannte.

CLAUDIA GOTTERMANN PER E-MAIL

SAUEREI

Auch wenn ich selber keine Weihnachten feiere, finde ich es eine Sauerei. Man könnte den Leuten ruhig die drei Tage Erholung gönnen.

GIANNI CAMENISCH PER E-MAIL

Sonnen-Gebet

WANN November 2017

WO Thun

WAS Gottesanbeterin

Eingesandt von Martin Brügger, Thun

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.

Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

TRAURIG

Das Schlimmste bei diesen Turbo-Lädern ist, dass offensichtlich immer mehr Menschen mit dem Sonntag nichts Besseres mehr anzufangen wissen, als durch Einkaufszentren zu bummeln. Einfach traurig, diese Konsumgesellschaft!

HULDA HOFER-BRECHBÜHL, BERN

WORKPOST



WORK 19 / 17. 11. 2017: OPERATION AM OFFENEN HERZEN

Danke schön!

Der Bericht über die Baustelle beim Inselspital hat mir sehr gut gefallen. Danke, work! Der Text ist informativ – faszinierend, was die Kollegen dort leisten. Und die Fotos sind der Hammer.

BRUNO ZÜRCHER, SCHAFFHAUSEN

Höchstleistungen

Die Reportage über die Insel-Baustelle zeigt sehr schön, zu welchen Höchstleistungen Baubüezer in der Lage sind. Gut gefallen hat mir der Vergleich mit der «Operation am offenen Herzen». Im Unterschied zum Herzchirurgien haben wir einfach die viel grösseren «Instrumente».

CLAUDIO LITTERIO, OLTEN

WORK 19 / 17. 11. 2017: 1X1 DER WIRTSCHAFT

Erschreckend

Geht haben wir es ja schon immer, trotzdem sind die Zahlen erschreckend: Die Reichen und

Superreichen besch... den Staat, wo immer es geht. Das ist in der Schweiz nicht anders als in Nordeuropa. Leidtragende sind die Normal- und Geringverdienenden.

URS KAMBER, LIESTAL

Wir «Normale» bezahlen

Je reicher, desto gieriger! Was mich am riesigen Steuerbetrug der Reichen und Superreichen am meisten aufregt: Diese Leute haben schon legal viele Steuerprivilegien und müssen zum Beispiel Dividenden nicht vollständig versteuern. Doch die Lohnabhängigen mit ihrem Lohnausweis bekommen keinen Rabatt. Im Gegenteil: Weil für die Reichen und die Firmen dauernd die Steuern gesenkt werden, müssen Normal- und Geringverdienende etwa mehr Gebühren bezahlen oder bekommen weniger Prämienvergütungen.

URSULA BLEICHER, LUZERN

Komplizen

Da erzählen uns die rechten Politiker und die Wirtschaftsverbände doch dauernd, wenn wir

nur die Steuern senken würden für Reiche und Unternehmen, würde das mehr Steuereinnahmen ergeben. Dabei ist es doch so: Wer eh schon mehr als genug hat, versucht fast um jeden Preis, noch weniger an die Allgemeinheit abzugeben. Wenn's legal nicht geht, dann halt illegal. Und die rechten Politiker machen es ihnen auch einfach: Es gibt zu wenig Steuerkontrolleure. Und die, die es gibt, gehen lieber auf die Kleinen los, als sich mit den grossen Fischen anzulegen. Das ist einfacher und gefährdet auch die eigene Karriere nicht. Wenn man es genau anschaut, ist es doch so: Die rechten Politiker sind die Komplizen der Steuerbetrüger.

TONI STEINER, BASEL

99 Prozent

Die Reichen werden immer reicher. Ihnen genügen die Steuergeschenke nicht, die ihnen grosszügig gewährt werden. Sie nutzen offensichtlich nicht nur jedes Schlupfloch aus, sie betrügen den Staat – und das sind wir alle – auch schamlos und routiniert. Die 99-Prozent-Initiative ist zwar kein Mittel gegen Betrüger, aber sie würde bestimmt helfen, dass wenigstens alle tatsächlich nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit besteuert werden und nicht nur jene «Dummen», die sich teure «Steuerspezialisten» nicht leisten können. Ich habe schon unterschrieben – machen Sie das doch jetzt auch!

HEIDI GLASER, BIEL

Noch schlimmer?

Die Zahlen sind aus Nordeuropa. Aber ich gehe davon aus, dass die Zustände in der Schweiz nicht nur ähnlich sind, sondern sogar schlimmer. Denn schliesslich haben wir immer noch das Bankgeheimnis, von dem eigentlich nur die profitieren, die bei den Steuern tricksen. Argumentiert wird immer mit «der Grossmutter, die ein Bankkonto vergessen hat», dabei geht es um die Millionäre und Milliardäre, die von allen Infrastrukturen profitieren, sich aber möglichst nicht daran beteiligen wollen.

HUGO SCHÄRLI, BERN

NICHT GEHEN HILFT

Der effizienteste Protest gegen diesen Einkaufswahn ist, einfach nicht zu diesen skandalösen Öffnungszeiten einkaufen zu gehen. Wenn den Unternehmen der Umsatz wegbricht, bleiben die Läden an Feiertagen dicht.

SUSANNE BALMER, ZUG

MUMPITZ

Die ewigen Tricks der Detaillisten gehen mir auf die Nerven: Da werden Industriegebiete zu «Tourismuszonen» und Tramhaltestellen zu «Terminals des öffentlichen Verkehrs», bloss damit die Läden noch länger offen haben können. Das gleiche gilt für die Sonntagsöffnungszeiten. Angeblich bedienen sie ein Bedürfnis der Kundinnen und Kunden. Das ist doch Mumpitz! Wir können ja schon sechs Tage pro Woche einkaufen, da müssen die Einkaufszentren nicht noch am Sonntag geöffnet sein. Und ganz besonders nicht an Heiligabend.

ANDREAS FREY, ZÜRICH

WARNUNG

Der Detailhandel zeigt exemplarisch, was Branchen blüht, bei denen der Arbeitsschutz immer mehr aufgeweicht wird. Zuerst sind es «Ausnahmen», und dann werden sie zur Regel. Natürlich immer zulasten den Arbeitenden. Was sich in den vergangenen Jahren im Handel abgespielt hat, muss uns Warnung sein, wenn die Rechten und die Arbeitgeber jetzt das Arbeitsgesetz für alle durchlöchern wollen. Wir müssen sie unbedingt bereits am Anfang stoppen, sonst arbeiten wir bald alle quasi rund um die Uhr!

MARKEUS BÜHLER, FRAUENFELD

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.leserbriefe.gewerkschaft.unia.ch, **Welpoststrasse 20, 3000 Bern**

Sophie Reinhardt (27) schreibt über Lokales beim «Bund»

«Recherche braucht's auch in Zukunft»

Hartnäckig, furchtlos und top motiviert: Das ist Sophie Reinhardt, Journalistin in Bern.

MARKUS KESTENHOLZ | FOTOS MARCO ZANONI

Die Aare schleicht träge um die Altstadt. Ein kühler Wind treibt oben beim Bundeshaus die Blätter vor sich her. Der Blick von der Kleinen Schanze reicht kaum über die Stadtgrenzen hinaus. Die Weitsicht macht Pause. Wie so oft in Bern. Diese Stadt ist Sophie Reinhardts Weltbühne: Als Lokaljournalistin recherchiert und berichtet sie zwar auf begrenztem Raum, begegnet aber im Grunde den gleichen Themen, die ihre Kolleginnen und Kollegen der In- und Auslandsberichterstattung beschäftigen. Es geht wie überall um die Interessen der einen, die gegen Interessen von anderen stehen, Konflikte also, die sich äussern in Grundsatzdebatten, Sachfragen und kleinteiligen Scharmützeln voller Emotionen und Vorurteile.

NÄHE ALS VORTEIL. Der kleine, aber doch ziemlich grosse Unterschied etwa zur Kollegin vom Auslandsort: Die gibt zum Beispiel Donald Trump eins auf die Mütze. Trump ist das wurst. Sophie Reinhardt hingegen riskiert mit jedem kritischen Wort, bei den lokalen Mächten in Acht und Bann zu geraten. «Meine besten Waffen sind Hartnäckigkeit und eine saubere Recherche», sagt sie, «dabei habe ich gegenüber den Kolleginnen vom Inlandressort den Vorzug der Nähe zu den Protagonisten. Ich kann im Lokalen bei Bedarf jemandem zwanzigmal auf die Bude steigen, um die Story festzumachen.»

Zwanzigmal auf die Bude steigen: das tönt aber stressig. Sophie Reinhardt lacht: «Zum einen bin ich jung, habe keine Familie und kann am Wochenende arbeiten, ohne dass es jemanden stört. Und zum andern bin ich einfach top motiviert: Ich mache hier, was ich immer machen wollte.» Lokaljournalismus eben, mit Schwerpunkten bei der Kultur- und Stadtpolitik. Sophie Reinhardt hat zunächst Journalismus studiert, danach aber zur Politologie gewechselt: «Ich realisierte, wie fundamental wichtig die Politik ist. Alles hängt in der Schweiz davon ab, wie gut die Menschen Bescheid wissen, da sie eine Menge Einfluss nehmen können.»

UNSICHERE ZUKUNFT. Das Zürcher Verlagshaus Tamedia ist börslich kotiert und Herrin über die einst stolzen selbständigen Berner Zeitungsverlage der «Berner Zeitung» und des «Bunds», die sich und ihren Leserinnen und Lesern einst sogar den Luxus leisteten, einen publizistischen Wettbewerb auszutragen. Tamedia hat schon vor Sophie Reinhardts Stellenantritt beim «Bund» die In- und Auslandsredaktion des «Bundes» mit jener des «Tages-Anzeigers» zusammengelegt. Das war mit einem gros-

sen Stellenabbau verbunden. Nun wurde im August bekannt, dass die Tamedia ab 2018 die Redaktionen der verschiedenen Kompetenzzentren zusammenfassen will. Die Redaktorinnen und Redaktoren von «Bund» und «Berner Zeitung» bangen seither um ihre Existenz.

KAMPF UM QUALITÄT. Gemeinsam und mit Unterstützung der Gewerkschaft Syndicom wurden sie aktiv. Sie kochten Rissotto «gegen den Einheitsbrei» und verteilten die Sonderzeitung «Monopol», um gegen den Verlust der Medienvielfalt und gegen weitere Abbaupläne zu protestieren. «Es ist wichtig, dass unsere Leserinnen und Leser über hausinterne Ereignisse Bescheid wissen», sagt Sophie Reinhardt.

Die Medienwelt verändert sich zurzeit rasant: eine Entwicklung, der Sophie Reinhardt mit Fatalismus und zugleich mit Zuversicht begegnet. «Egal, was der technische Wandel mit sich bringt, egal, ob es in 20 Jahren noch Druckereien gibt und über welchen Kanal Informationen verbreitet werden: mein Handwerk, Menschen zu treffen, nach der Wahrheit zu graben und über politische Entscheidungen zu sprechen, wird sich nicht ändern und hat auch in Zukunft Bestand.»

Aber: «Es braucht Verleger, die bereit sind, Journalistinnen und Journalisten für ihre zeitintensive Arbeit anständig zu bezahlen, und die die Bereitschaft haben, auch für längere Recherchen geradestehen.» An der Debatte um die «No-Billag»-Initiative, die der SRG ans Leder will, ist

Sophie Reinhardt vor allem von der Polemik im Internet schockiert. «Es ist richtig, über die SRG zu diskutieren und ihren Auftrag zu hinterfragen. Die totale Ablehnung ist für mich unverständlich. Auch wenn die Vorlage versenkt wird, bleibt das nicht folgenlos. Die Gebühr ist bei kleinem Budget ein wesentlicher Kostenpunkt, doch deshalb gleich alles abzusagen, ergibt wenig Sinn.» Als Journalistin weiss Sophie Rein-

hardt – so wie der Maurer weiss, wie viel Arbeit und Kenntnis es braucht, eine Mauer zu bauen –, dass Medien, die nicht bloss ins Horn der Mächtigen blasen, aufwendig sind in der Produktion. Sie ist sicher, dass der Bedarf an solchen Medien bestehen bleibt: «Es wird immer Menschen geben, die von der Welt mehr wissen und verstehen wollen, als auf der People-Seite von «20 Minuten» steht.»

SOPHIE REINHARDT LUST AUF KULTUR

Sophie Reinhardt sagt von sich, rund um die Uhr ihren Traum zu leben. Die gebürtige Bernerin lebt in einer Wohngemeinschaft in Bern und besucht auch in ihrer Freizeit oft Theatervorstellungen, isst und kocht gerne. Nach einem Schnuppertag auf der «Bund»-Kulturredaktion in der sechsten Klasse habe sie eine Weile lang in Betracht gezogen, doch lieber Grosstierärztin zu werden. Das Schreiben habe sie damals nicht sonderlich interessiert.

NEUGIERIG. «An meinem Beruf interessiert mich heute, mit verschiedensten Menschen in Kontakt zu kommen, zu diskutieren und zu hinterfragen.» Mit dem Schreiben hat sie sich längst versöhnt und sich die nötige Routine angeeignet, aber stundenlang an ihren Sätzen zu feilen sei noch immer nicht ihre Lieblingsbeschäftigung. Sophie Reinhardt ist Mitglied bei der Gewerkschaft Syndicom. Sie verdient brutto rund 5000 Franken auf 80 Stellenprozent.



IMMER DABEI: Die Werkzeuge, die Sophie Reinhardt für ihr journalistisches Handwerk benötigt, sind Telefon, Kugelschreiber und Notizblock.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.– im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejosekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinciau@workzeitung.ch; Sabine Reber, sabinereber@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Peter Bodenmann, Sina Bühler, Oliver Fahmi, Dore Heim, Daniel Lampart, Martin Jakob, Markus Kestenholz, Andreas Rieger, Clemens Studer, Anne-Sophie Zbinden, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Tom Hänsele **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Webereistrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 92 416 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.